

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Wochenpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Frieden!

Wenn diese Zeilen unseren Lesern zu Gesicht kommen, dürfte allenthalben die Aussperrung beendet sein. Am 11. Mai ist nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Leitern unseres Verbandes und den Führern des Schutzverbandes für die Holzindustrie vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Berlin über die wichtigsten strittigen Fragen eine Einigung erzielt worden. Am Abend des 11. und am Morgen des 12. Mai sind die Vereinbarungen den Kollegen in den Aussperrungsorten bereits vorgelegt worden, und da die Zustimmung der Kollegen zu den abgeschlossenen Verträgen ziemlich sicher ist, dürfte bei der großen Aussperrungsmüdigkeit der Unternehmer der Kampf voraussichtlich allerorts am 14. Mai seinen Abschluß gefunden haben.

Die Unternehmer waren schließlich kampfmüde geworden. Sie waren doch wohl zu der Einsicht gekommen, daß das Niederreiten des Holzarbeiterverbandes nicht so einfach ist, als man im Januar, unter dem Eindrucke der Reichstagswahlen, und noch am 8. April in Dresden, nach den kampfgeisternden Reden der Herren Mahardt, Stökel, Mathen und Jobbe, sich das vorgestellt hatte. Nach und nach wurde die Zahl der ausgesperrten Arbeiter immer geringer — von rund 18500 auf dem Höhepunkt des Kampfes in allen Aussperrungsorten ausgesperrten Arbeitern waren Anfang Mai kaum 6000 noch ohne Arbeit —, nach und nach wurden auch mehr Unternehmer, besonders in den Provinzorten, wo man sich nur auf einen leichten Kampf eingerichtet hatte, an der Schutzverbandsache wankend, und so mußte der Schutzverband wohl oder übel Schluß machen, wollte er einen jämmerlichen Zusammenbruch der ganzen Aussperrungsaktion verhüten.

Bereits in der dritten Aprilwoche wurden von seiten des Schutzverbandes Verhandlungen mit unserem Verband angeregt und in die Wege geleitet. Diese Verhandlungen haben schließlich am 24. April in Berlin ihren Anfang genommen und sie sind ununterbrochen 2 1/2 Wochen lang zwischen den Zentralvorständen des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Schutzverbandes für die Holzindustrie, sowie von je vier Vertretern der Arbeiter und Unternehmer aus den einzelnen Aussperrungsorten geführt worden. Des öfteren sah es aus, als sei ein Friedensschluß ganz außer dem Bereich der Möglichkeit; noch am 6. Mai drohten die Verhandlungen ernstlich zu scheitern, da die Unternehmer immer noch nicht einsehen wollten, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt des Kampfes dem Deutschen Holzarbeiterverband keine Friedensbedingungen diktieren könnten, schließlich kam es doch zum Abschluß der Verträge. — Die Unternehmer drängten auf einen schnellen Abschluß, um ihre Leute wenigstens noch beisammen halten zu können. So wurde denn am 11. Mai zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Schutzverband für die Holzindustrie ein Präliminarfrieden geschlossen, nachdem an diesem Tage das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts über einige bei den Verhandlungen strittig gebliebene Fragen einen Schiedsspruch gefällt hatte. Am Abend des gleichen Tages und am Morgen des 12. Mai haben bereits die Versammlungen der Kollegen an den Aussperrungsorten über die von ihren Verbandsvertretern in Berlin mit dem Schutzverband abgeschlossenen Verträge Beschluß gefaßt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verträge die Zustimmung der Kollegen gefunden haben, bringen sie doch mehr, als die Mehrzahl der Kollegen vor 14 Tagen noch zu erringen hoffen konnten.

An materiellen Erfolgen bieten die abgeschlossenen Verträge das Folgende:

Für Berlin (Groß-Berlin) am 15. Februar 1909 eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden, eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Prozent, sowie eine Erhöhung des Wochenabschlages von 24 Mk. auf 25,50 Mk. sofort, auf 27 Mk. am 15. Februar 1909;

für Kiel eine Lohnerhöhung von 2 Pf. am 1. Juli d. J., von weiteren 2 Pf. am 1. April 1908, wodurch der Einheitslohn der Tischler auf 56 respektive 58 Pf., für Maschinenarbeiter auf 60 respektive 62 Pf. steigt;

für Burg eine Verkürzung der Arbeitszeit der Drechsler um 3 Stunden, so daß diese am 15. Februar 1909 der der Tischler, die 54 Stunden wöchentlich beträgt, gleichsteht, ferner für alle Kollegen eine in zwei Terminen zu gewährende Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde und Erhöhung der Akkordlöhne um 7 Prozent für Tischler, bis zu 7 1/2 Prozent für Drechsler;

für Bernau eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit (sofort) von 56 auf 54 Stunden und entsprechende Akkordzuschläge; als Stundenlohn gilt der durchschnittliche Akkordverdienst des betreffenden Arbeiters; sämtliches Werk-
tag ist vom Unternehmer zu liefern.

für Lübeck (!!) eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ab 1. April 1908 von 57 auf 56 Stunden, ab 1. April 1909 auf 55 Stunden, Erhöhung des Stundenlohns der Tischler (von 48 Pf.) auf 52 bis 56 Pf., der Drechsler um 2 Pf. pro Stunde sofort, am 1. April 1908 resp. 1909 dieselben Lohnerhöhungen wie die Tischler;

für Barmen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ab 1. Juli d. J. von 60 auf 57 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 56 Stunden und Lohnerhöhungen um 3 Pf. pro Stunde sofort, um 1 Pf. ab 1. Juli 1908 und um weitere 2 Pf. ab 15. Februar 1909;

für Dresden eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden am 15. Februar 1909, eine Lohnerhöhung um 2 Pf. pro Stunde am 1. Oktober d. J., um 1 Pf. am 15. Februar 1909; der Normallohn beträgt für Tischler und Maschinenarbeiter 50 Pf., für Bauanschläger 55 Pf., ab 1. Oktober d. J. 52 resp. 57 Pf., ab 15. Februar 1909 53 resp. 58 Pf.;

für Leipzig eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden ab 15. Februar 1909, eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pf., ferner von je 1 Pf. am 15. Februar 1908 und am 15. Februar 1909; der Mindestlohn für Tischler, Polsterer, Beizer wird sofort auf 52 Pf. (bisher 48 Pf.), der Bautischler auf 55 Pf. erhöht, der der Maschinenarbeiter auf 47 Pf., der Drechsler auf 52 Pf.; Akkordloohnerhöhungen bis zu 8 Prozent;

für Götting eine Verkürzung der Arbeitszeit ab 15. Februar 1908 von 57 auf 56 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 55 Stunden, Lohnerhöhungen sofort 2 Pf., ab 15. Februar 1908 weitere 2 Pf. pro Stunde, Akkordloohnerhöhung um je 5 Prozent jetzt und am 15. Februar nächsten Jahres;

für Halle eine Verkürzung der Arbeitszeit sofort von 57 auf 56 Stunden, ab 15. Februar 1909 auf 55 Stunden, eine Lohnerhöhung von 2 Pf. sofort, von je 1 Pf. ab 1. Mai 1908 und ab 15. Februar 1909; der Durchschnittslohn wird sofort auf 44 Pf., ab 1. Mai 1908 auf 45 Pf. erhöht;

für Guben eine Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 resp. 55 Stunden jetzt und am 15. Februar 1909, eine Lohnerhöhung von 2 Pf. sofort und weitere 2 Pf. ab 15. Februar 1909, einen Durchschnittslohn von 39 Pf.;

für Spandau eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden und Anerkennung des Akkordtarifs;

für Odenburg eine Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 56 resp. 55 Stunden jetzt resp. am 15. Februar 1909, Lohnerhöhungen von 2 Pf. resp. 1 Pf. pro Stunde jetzt und am 15. Februar 1909.

Die wichtigste Bedingung der Verträge, wo solche in Frage kommt, ist davon ab, daß die Erhebung der Tarife in allen Städten innerhalb acht Tagen nach Aufnahme der Arbeit begonnen und baldmöglichst zu Ende geführt werden muß. Die Akkordpreiserhöhungen haben alsdann rückwirkende Kraft bis zum Tage der Arbeitsaufnahme.

Arbeitszeinstellungen und Aussperrungen dürfen bis zur Entscheidung der lokalen Schlichtungskommission und bevor nicht die Zentralvorstände beider Organisationen entschieden haben, nicht stattfinden.

Alle Verträge laufen bis zum 15. Februar 1910, einem für unsere Kollegen verhältnismäßig günstigen Zeitpunkt.

So weit die hauptsächlichsten Bestimmungen der zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeber-Schutzverband für die Aussperrungsorte abgeschlossenen Verträge. Eine eingehende Würdigung dieser Verträge wie des großen, nunmehr abgeschlossenen Kampfes überhaupt müssen wir uns für die nächste Zeit vorbehalten. Das sei aber jetzt schon gesagt, daß wir mit diesem Ausgang des Kampfes durchaus zufrieden sein können. Der Schutzverband wollte unseren Verband vernichten, und er hat sich in diesem Kampfe selbst eine Niederlage geholt. Noch vor vier Tagen ließen die Unternehmer in alle Welt hinausposaunen, wir würden diesen Kampf mit geringen Zugeständnissen abschließen müssen, jedenfalls könnte von einer Verkürzung der Arbeitszeit keine Rede sein, und jetzt haben wir allenthalben Arbeitszeiterhöhungen erzielt, und zwar an Orten, wo wir sie bei Beginn der Bewegung auch nicht entfernt erwartet hatten.

Der Holzarbeiterverband aber steht am Ende dieses Kistenkampfes, der ihm 2 1/2 Millionen Mark Kosten verursacht hat, stärker und geschlossener da als je, dank der großen Opferwilligkeit seiner Mitglieder, die die schwersten Opfer freiwillig übernahmen, um unsere schöne Sache zum Siege zu führen, und die diese Opfer auch längere Zeit weiter bringen werden, um zur baldigen Ansammlung eines Kampffonds unseres Verbandes für die nächsten Kämpfe beizutragen.

Gelbe Gewerkschaften in der Holzindustrie.

Die deutschen Gewerkschaften sind eine Macht, mit welcher das Unternehmertum wohl oder übel sehr ernsthaft rechnen muß. Früher, als die Gewerkschaften noch klein und unbedeutend waren, da mag es noch eine Lust gewesen sein, als Unternehmer zu fungieren. Das Selbstherrschertum des Unternehmers im Betrieb war noch unbeschränkt, der Unternehmer, beziehungsweise sein Antreiber setzte den Lohn des einzelnen Arbeiters fest, bestimmte die Arbeitszeit, und wehe dem, der es wagen wollte zu opponieren. Aus Konkurrenzrücksichten muß jeder Unternehmer darauf bedacht sein, billig zu produzieren. Wenn die Produktionskosten durch Preiserhöhung der Rohmaterialien oder aus sonstigen Gründen steigen, dann wird, um zu „sparen“, der Versuch gemacht, das Mehr an Unkosten durch verminderte Arbeitslöhne wieder wegzumachen, und jeder gelungene Versuch nach dieser Richtung reizt dazu, auch ohne äußeren Anlaß weitere Lohnreduktionen vorzunehmen. Das heißt, wenn sich die Arbeiter das gefallen lassen.

Seitdem die Gewerkschaften zu ihrer heutigen Bedeutung herangewachsen sind, fällt es den Unternehmern nicht mehr so leicht, mit den Arbeitern nach Belieben umzuspringen. Sie müssen sich, so schwer es ihnen fällt, damit abfinden, daß die Löhne nicht mehr nach Belieben reduziert werden können, und mehr als das, sie müssen erkennen, daß die Arbeiter gewissermaßen auch Menschen sind, die das Bedürfnis haben, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Macht der Gewerkschaften zwingt die Unternehmer, die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren und die Löhne den gesteigerten Preisen der Lebensmittel und der höheren Lebenshaltung anzupassen, zu welcher die Arbeiter durch die Gewerkschaften erzogen werden.

Die auf diesem Gebiet von den Gewerkschaften erzielten Erfolge sind zweifellos sehr beachtlich, sie wären aber sicher ganz bedeutend größer, wenn es gelänge, die Arbeiter alle unter einen Hut zu bringen, alle Arbeiter desselben Berufs in einer Organisation zusammenzufassen. Leider sind wir von diesem Ziel noch recht weit entfernt. Nicht nur, daß wir noch mit einer bedeutenden Zahl von Unorganisierten zu rechnen haben, die Existenz einiger Sonderorganisationen lähmt die Stoßkraft unserer Gewerkschaft mitunter ganz erheblich. Das ist eine schwache Seite der Arbeiterbewegung, welche unsere Gegner wohl erpäßt haben, und die sie, nicht immer erfolglos, für ihre Zwecke auszunutzen wissen. Welche schädliche Rolle zum Beispiel der Hirsch-Dundersche Gewerksverein bei dem gegenwärtigen gewaltigen Kampf, dem größten, den die Holzarbeiter jemals zu führen hatten, spielt, ist hinreichend bekannt. Brachte es doch die Leitung des Gewerksvereins fertig, offen Verrat an den kämpfenden Arbeitsgenossen zu üben und einen schmachvollen Rückversicherungsvertrag mit den erbittertsten Feinden der Arbeiter abzuschließen. Einen nennenswerten Einfluß auf den Gang des Kampfes hat das Häuflein Verräter freilich nicht auszuüben vermocht, dazu war es zu klein; aber die Hirsche kommen auch um den erwarteten Dank für ihren Verrat, und an ihnen bewährt sich wieder das Sprichwort: „Man liebt wohl den Verrat, aber nicht den Verräter.“

Noch ehe der Kampf abgeschlossen ist, den der Arbeitgeberverband Arm in Arm mit den Männern des Gewerksvereins gegen die deutschen Holzarbeiter ausgefochten hat, haben die Hirsche den wohlverdienten Fußtritt erhalten. Die Unternehmer sagen sich, daß die Zersplitterung der Arbeiter, so nützlich sie ihnen auch ist, doch für ihre Zwecke nicht voll ausreicht. Sie finden die intime Verbindung mit einer Arbeiterorganisation, die, wenn auch nur angeblich, die Hebung der Lage der Arbeiter in ihr Programm aufgenommen hat, etwas kompromittierend. Und zweifellos würden die Scharfmacher besser fahren, wenn sie sich eine Schutztruppe von Arbeitern sammeln, die sich rückhaltlos dem Unternehmertum zur Verfügung stellt und sich, undeshalb von Grundsätzen, gegen ihre Klassengenossen brauchen läßt.

Die Unternehmer verhehlen sich nicht, daß die Durchführung ihres Planes mit manchen Schwierigkeiten verknüpft ist. Zwar gibt es noch viele Arbeiter, die den Bestrebungen der Gewerkschaften teilnahmslos gegenüberstehen, aber auch unter diesen Gleichgültigen finden die meisten es doch bedenklich, ihre Ehre um ein Binsengericht zu verkaufen. Erhöhen wird der Versuch unternommen, und wir könnten bereits in der vorigen Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ von der Gründung einer gelben Gewerkschaft in der Berliner Holzindustrie berichten.

Heute wollen wir die Aufmerksamkeit der Kollegen auf ein anderes Gebiet in Deutschland lenken. In Schönlitz im sächsischen Erzgebirge sind mehr als 1000 Arbeiter

in einigen Bürstenfabriken beschäftigt. Seit einigen Jahren wird von unserem Verband in diesem Gebiet eine nachhaltige Agitation entfaltet, die auch insofern von Erfolg begleitet war, als die große Mehrzahl der Kollegen und Kolleginnen sich der Organisation angeschlossen. Nun konnte der Versuch gewagt werden, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzustreben, die seither mit als die schlechtesten dieser Branche in ganz Deutschland galten. Allenthalben im ganzen Reiche war Schönheit unter den Bürstenmachern als der Ort verrufen, an welchem die schlimmste Schmutzkonkurrenz ihren Sitz hat, und oft genug wurden die Kollegen in anderen Orten mit ihren Forderungen auf Besserstellung abgewiesen durch den Hinweis auf die Konkurrenz in Schönheit. Es war eine Kulturtat, als sich unser Verband entschloß, die Sache der ausgemergelten Schönheit Bürstenmacher zu der seinigen zu machen. Die Schönheitsfabrikanten hielten aber hartnäckig an ihrer Ausbeutungsfreiheit fest, und 21 Wochen dauerte der Streik, der am 25. August vorigen Jahres begonnen wurde. Das zähe Aussharren der Kollegen, die ja freilich das Hungern von jeher gewöhnt waren, wurde schließlich belohnt, und die Fabrikanten sahen sich genötigt, ziemlich weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Die Schönheitsfabrikanten haben die Macht des Holzarbeiterverbandes zu spüren bekommen, und nun wollen sie Vorsorge treffen, um für künftige Fälle geschützt zu sein. Eifriger rühren sie die Werbetrommel, um eine Schar von Verrätern um sich zu sammeln, die jederzeit bereit ist, ihren Kollegen auf Kommando der Unternehmer in den Rücken zu fallen. Die gelbe Organisation, welche die Schönheitsfabrikanten allergnädigst für ihre Arbeiter gegründet haben, nennt sich „Nationaler Arbeiterunterstützungsverein von Schönheit und Umgebung“. Dieselben Unternehmer, die nicht genug jammern können über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften, üben selbst den schärfsten Zwang aus, um ihre Arbeitsklaven zu zwingen, sich selbst Ketten anzulegen. Unter Androhung der Entlassung werden die Arbeiter genötigt, ihre Verbandsbücher abzugeben und sich in die Organisation aufnehmen zu lassen, die den Streikbruch als ihre höchste Aufgabe bezeichnet. Besonders scharf ist der Druck, der bei den Firmen Dschaj & Co. und F. A. Bentl. & Ges. auf die Arbeiter ausgeübt wird. Auch Herr E. D. Fleming ist eifrig tätig, dem Holzarbeiterverband Mitglieder abzutreiben, um sie dem Streikbrecherverband zuzuführen. Eigenhändig hat er dieser Tage unserem Bevollmächtigten einige Verbandsbücher zugesandt, um deren Inhalt abzumachen. Jedenfalls wurden ihm die Bücher zu diesem Zwecke „freiwillig“ übergeben. Eifriger noch als ihre Herren sind die ihnen untergebenen Antrieber in ihrer Werbetätigkeit; kündigte doch der Werkführer in der Zelluloidbranche dieser Firma den Arbeitern an, wer bis zum Sonnabend sein Verbandsbuch nicht abliefern, dem wird gekündigt! Bei der Firma F. A. Bentl., deren einer Direktor im Vorstand des „Nationalen Arbeiterunterstützungsvereins“ sitzt und sich infolgedessen hervorragend für diese Gesellschaft interessiert, ist kürzlich bekannt geworden, daß den braven Kindern ein eigener Arbeitsaal eingerichtet werden soll, in welchem die besser bezahlte Arbeit angefertigt wird. An dem Wille würde etwas fehlen, wenn nicht erwähnt würde, daß auch der Militärverein, mangels eines äußeren Feindes, gegen den Holzarbeiterverband zu Felde zieht. Er drohte den Verbandsmitgliedern, die nicht bis Ende Mai ihren Austritt aus der Gewerkschaft vollzogen haben, den Ausschluß an.

Wir sehen also ein allgemeines Kesseltreiben gegen unsere Organisation in Schönheit, ob es aber Erfolg haben wird, das steht auf einem anderen Blatte. Es gehört ein außerordentliches Maß von Naivität dazu, zu glauben, daß die Interessen der Arbeiter in der Organisation von Unternehmern Gnade gewahrt würden. Die wichtigste Lücke in das Statut dieser Musterorganisation muß jedem die wahren Absichten der Gründer offenbaren. Als Zweck des Vereins wird bezeichnet, die Mitglieder bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit infolge plötzlicher Betriebsstörung zu unterstützen. Vergebens sucht man aber im Statut nach irgend einer Angabe über die Art der Unterstützung. Es heißt dort lediglich, die Art der Unterstützung wird erst nach Ansammlung eines Fonds von 500 Mk. festgesetzt. Übrigens dürfte dieser Fonds bereits vorhanden sein, denn den Fabrikanten, die vom Schweize der Arbeiter reich geworden sind, kommt es auf ein paar Bettelpennige nicht an, wenn es gilt, sich eine Schutztruppe zu bilden. Das „Schönheits Wochenblatt“ meldet unter dem 30. April mit dem Ausdruck tiefster Ergebenheit, daß der Arbeitgeberverband 1000 Mk. für den Fonds gestiftet hätte.

Der Vorstand des Vereins besteht aus 24 Arbeitern und 6 Unternehmern, er ist beschlußfähig, wenn 10 Mitglieder zugegen sind. Die Herren, die das Statut gemacht haben, haben es also ganz nett gebrechelt, um den Anschein zu erwecken, als ob die Leitung in Händen der Arbeiter liegt, während in Wirklichkeit doch die Unternehmer die eigentlichen Drahtzieher sind. Selbstverständlich ist auch sonst im Statut dafür gesorgt, daß nicht etwa ein räudiges Schaf, das sich eingeschlichen hat, über die Stränge haut. So wird zum Beispiel bestimmt, daß ein Mitglied ausgeschlossen werden muß, wenn es „einer Gewerkschaft oder sozialdemokratischen Organisation beiträgt oder in dem Verein sozialdemokratische Agitation betreibt“. In den Versammlungen können Anträge, die nicht vom Vorstand kommen, nur beraten werden, wenn sie eine Woche zuvor von mindestens 30 Mitgliedern eingereicht sind. „Anträge, die gegen den Zweck und Geist des Vereins verstoßen, werden vom Vorstand ohne weiteres zurückgewiesen.“

Daß der Verein lediglich von der Gnade und den Almosen der Fabrikanten abhängig ist, geht deutlich hervor

aus der Höhe der Beiträge. Dieselben betragen pro Monat 25 Pf. Weibliche Mitglieder und männliche Mitglieder unter 17 Jahren zahlen gar nur 15 Pf. monatlich. Aber die im ungewissen gelassene Unterstützung ist auch nur Nebensache. Die wichtigste Aufgabe des Vereins ist im § 9 des Statuts umschrieben, der also lautet:

„Bricht im hiesigen Bezirk eine Bewegung aus, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses von Mitgliedern der sozialdemokratischen Organisationen führt, so hat der Vorstand alsbald Fürsorge zu treffen, daß den Vereinsmitgliedern die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeit sichergestellt wird. Die Mitglieder können aber nicht verlangen, daß sie in diesem Falle während der Dauer der Bewegung gerade in derjenigen Fabrik verwendet werden, wo sie bei Ausbruch der Bewegung beschäftigt sind, weil das möglicherweise nicht ausführbar sein würde.“

Das also ist des Pudels Kern! Der „Nationaler Arbeiterunterstützungsverein“ soll eine fliegende Streikbrecherkolonne bilden und stellt somit den Typus einer gelben Gewerkschaft dar. Man hat ihm diesen zutreffenden Namen wohl nur deshalb nicht gegeben, weil er gar zu anrühlich klingt.

Glauben wohl die Mitglieder, die sich in diese Gesellschaft pressen lassen, nun für ihre Zukunft gesorgt zu haben? Wer sich diesem Glauben hingibt, huldigt einem trassen Überglauben. Solange es nur verhältnismäßig wenige sind, werden sie freilich von den Unternehmern in jeder Weise gehätschelt und gepflegt werden. Sollte jedoch der Zweck der gelben Organisation erreicht und der Verband in Schönheit widerstandsunfähig gemacht werden, dann werden die Unternehmer bald anders pfeifen. Wenn es ihre Absicht wäre, die Lage der Arbeiter zu heben, ihr Elend zu mildern, warum haben sie sich dann 21 Wochen lang hartnäckig gekräubt, die geringsten Zugeständnisse zu machen? Nein, sie wollen die Verbesserungen, die sie notgedrungen unter dem Zwange der organisierten Arbeiterschaft zugelassen mußten, wieder rückgängig machen und ihre Arbeiter unter ein härteres Joch zwingen, als es früher der Fall war.

Die Schönheitsfabrikanten sind reich geworden durch die rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft der armen Bürstenmacher. Der Reichtum erzeugt Habsucht, das ist eine Erscheinung, die man überall beobachten kann. Es liegt im Wesen des Kapitals, sein Machtgebiet zu erweitern. Wenn die Fabrikanten sich jetzt als die Freigebigen aufspielen, denen es nicht auf einige tausend Mark ankommt, wenn es gilt, den Arbeitern einen Vorteil zukommen zu lassen, so ist das nichts weiter als eine ganz gewöhnliche geschäftliche Spekulation. Es sind gewiegte Kaufleute, die leichten Herzens eine Summe opfern, wenn sie wissen, daß dieses Opfer tausendfältigen Zins bringt.

Aber die Arbeiter von Schönheit und auch anderwärts, wo ähnliche Versuche mit der Gründung von gelben Gewerkschaften unternommen werden, sollten den Unternehmern nicht blindlings ins Garn laufen. Sie sollten den heutigertigen Fischern, die ihre Neze nach ihnen auswerfen, zeigen, daß sie vernünftiger sind, als man sie einschätzt. Unbestimmert um das Zetergeschrei über die Undankbarkeit der Arbeiter, das die betrübten Lohgeber anstimmen werden, wenn sie sehen, daß ihnen die Felle fortgeschwommen, sollen sie die eifrigen Werber abfahren lassen. Die Arbeiter müssen zeigen, daß die Spekulation auf ihre Dummheit eine verfehlte Spekulation ist, denn nur die allergrößten Käiber wählen ihren Weg selber.

Der Landstreicher.

„Des Wandern ist bei Miller Lust, das Wandern“ fangen nicht mit frühlicher Stimme die Genossen Bausen, die von Stadt zu Stadt zogen, um der Bestimmung der Jmzung entsprechend die vorgeschriebenen „Wanderjahre“ zu absolvieren. Es ist anders geworden! Die kapitalistische Produktionsweise kennt diese „Wanderjahre“ nicht mehr, und die wohlhabenden Meisteröhne sind von der Landstraße verschwunden, die lustigen Bieder verlungen. „Zeit ist Geld“, und mit der Eisenbahn fährt der „wandernde“ Arbeiter von Stadt zu Stadt. Trozkdem ist der Typus „Handwerksbursche“ nicht ganz von der Landstraße verschwunden. Es gibt noch eine Anzahl solcher Wanderer, die es an einer besonders schönen Stelle unseres Vaterlandes im dumpfen Eisenbahnwagen 4. Klasse nicht mehr länger aushalten und die herrlichen Naturerscheinungen bewundernd lieber auf „Schusters Rappen“ dahin „walzen“. Schadet auch diese Unterbrechung der Eisenbahnfahrt dem Wanderer etwas? Nein, im Gegenteil! Er kommt ja immer noch früh genug zur nächsten Stadt, in die dumpfe Werkstatt, in die oft kein Sonnenstrahl bringt. Es schadet dem bleichen Manne auch nichts, wenn er, durch Deutschlands Gauen ziehend, sich dabei auch etwas körperlich erholen kann.

Seit der Einführung der Reiseunterstützung haben unsere Gewerkschaften diese Wanderer auch vor der größten Not bewahrt. Sie brauchen nicht aus Hunger an die Türen geiziger Bauern zu klopfen und erst mit einem Gebet und frommen Wünschen das obligate Stück Brot zu erbetteln. So läßt sich's besser wandern, wenn man die Eisenbahn nicht benutzen will. Begegnet man einem kleinen Trupp dieser Wanderer, so fällt uns oft auch schon rein äußerlich der Unterschied zwischen einst und jetzt auf. Ohne daß man das „Verbandsbuch“ sieht, das wohlverwahrt in der Brusttasche der Reisenden ruht, merkt man ihnen oft von weitem schon den organisierten Arbeiter an. Es ist auch das Vieh! Nicht mehr sentimentale Bieder der Landstraße oder bierschliche, grölend „vorgetragene“ Weisen junger „Vaterlandsverteidiger“ vermischt mit der bekannten Sehnsucht nach

dem „Schäkelein“. Man hört jetzt das Freiheitslied auf der Landstraße, trübsige Lieder, und mancher Bauer horcht erstaunt, wenn er von den einherwandernden „Reisenden“ den Sozialistenmarsch hört.

Der organisierte Handwerksbursche hat ein Ziel vor Augen, dem er zustrebt. Er ist vor größter Not stets bewahrt, Bettelei ist ihm verhaßt. Mutter Organisation, die täglich weitere Kreise umfaßt, streckt auch schließend ihre Hände auf die Landstraße aus, bewahrt ihre Kinder vor Not und Verderben, vor den Fesseln der Gendarmen, miserablen Gastlöchern vieler Ortschaften, vor Heuchelei und Bettelei, Strafe und — Verbrechen.

Raum ist aber der kleine Trupp frühlicher Wanderer dieser Art an uns vorbeimarschierend, dem man freudig nachblickt, kommt ein anderer, ein ganz anderer Typus von „Wanderer“ — es ist der Landstreicher! Er hat mit der Organisation der Arbeiter nichts, auch gar nichts zu tun. Meist einzeln zieht er auf der Landstraße ziel- und zwecklos, ja berufslos umher. Es ist der Schrecken der Landstraße, der von Bagabund, der von Bettel, wenn es sein muß auch von Raub und Einbruch lebt, für den extra § 361, Absatz III unseres Strafgesetzbuchs: „Mit Haft wird bestraft, wer als Landstreicher herumzieht“, gemünzt ist. Man kann deshalb nicht achtlos an dieser Erscheinung vorübergehen, pharisaisch murmelnd: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie diese!“ Hört man die Erzählung eines alten Landstreichers mit an, so wirft sich oft die Frage von selbst auf: „Weshalb irrt dieser Mensch auf der Landstraße und hat kein Ziel, keinen Zweck vor Augen?“ Ist es Arbeitsfurch, Gang zum Verbrechen oder gar Stranzheit? Da kommt uns ein interessantes Buch von Dr. R. Wilmanns, Professor der Psychiatrie der Universität Heidelberg, „Zur Psychopathologie des Landstreichers“ (Verlag von J. A. Barth-Leipzig) in die Hände.

Gutes, Wahres und Falsches enthält dieses Buch, das vor einigen Monaten auf den Markt gebracht wurde. Manchmal zu viel — Arzt, zu wenig Nationalökonom, aber doch ein interessantes Werk. Wer mit Erstaunen sieht, daß bei Streiks, Lohnbewegungen usw. sogar der arbeitscheue Landstreicher auf den „Arbeitsmarkt“ geschleppt wird, um als „Kausreißer“, „Streikbrecher“ die Sache seiner ehemaligen Kollegen zu verraten, wird dieses Buch auch mit Interesse lesen. Warum wird der Landstreicher, der jeder Arbeit oft geflissentlich aus dem Wege geht, zum Streikbrecher? Warum erscheint er gerade in der Zeit der Not auf der Bildfläche und fällt den ehrlichen Arbeitern in den Rücken? Der Landstreicher ist antisozial: er lebt nicht in Gemeinschaft mit anderen, nicht geregelt, geordnet, er ist nicht einmal sesshaft, er steht nicht in der Reihe derer, die durch Arbeit ihren Unterhalt erwerben — er existiert — „für sich“ im engsten Sinne des Wortes nur „für sich“, und nicht nur nicht für andere, sondern gegen sie. Das Gefühl der Solidarität, die Grundlage jeder Organisationsbestrebung fehlt, muß diesem Paria der Menschheit fehlen, der ohne Ziel vor Augen auf der Landstraße herumstreicht, Passanten belästigt. Der Landstreicher wird wie folgt geschildert: Er ist in seinem Äußern oft vernachlässigt, schmierig, abstoßend, dabei eigenartig scheu, ängstlich, mißtrauisch und reizbar, halb drückt er sich beiseite, halb bringt er drohend vor, redet in abgerissenen Sätzen rasch, sonderbar, spricht mit sich, brummt, schwächt vor sich hin. Er nährtigt in wärmeren Jahreszeit im Freien, bettelt am Tage um Geld und Nahrung. Gibt man ihm nichts, dann nimmt er es, betrinkt sich, wird als Trunkenbold hinausgeworfen, geschlagen, wird von den „Organen der Sicherheit“ dann ergriffen, wegen Bettel, grobem Unfug, Diebstahl, Körperverletzung oder gar wegen Eitelkeitsverbrechen verhaftet. Ja bei jedem Mord wird in erster Linie eine Reihe „hervordringend verdächtiger“ Landstreicher festgenommen. Sie bekommen ihre „Freiheit“ wieder, nachdem sie mindestens wegen „Landstreicherei“ eine Strafe verbüßt haben. Immer wieder ergriffen, werden die Strafen verschärft, von einem Gefängnis, ja Zuchthaus ins andere, Polizeiaufsicht — der „Gewohnheitsverbrecher“ ist fertig. Die Verurteilung geht glatt vonstatten, da der „Verbrecher“ fast immer geständig ist, keine langen Verteidigungsreden hält, eine deutliche Apathie und Gleichgültigkeit gegenüber dem Gerichtsverfahren an den Tag legt. Nur wenn auf „Arbeitshaus“ erkannt wird, sträubt er sich. Das Gefängnisleben ist ihm bekannt, während er im Arbeitshaus aus den ewigen Disziplinarstrafen oft gar nicht mehr herauskommt, die als Bettentziehung, Kostentziehung, Dunkelarrest wegen der geringsten Vergehen, wie „Sprechen bei der Arbeit, Rachen beim Gebet, Murmeln, Grinsen, Frechheit, Widerspruch“ usw., ja so oft erkannt werden. Als „Unverbesserlicher“ verläßt er die Anstalt, seine „Akten“ sind deutlich gezeichnet. Diese Akten kommen aber zuweilen auch in die Hände des Arztes — des Irrenarztes! Halb verhungert, halb erfroren, von Ungeziefer, Wunden, Ausschlägen oder anderen Krankheiten behaftet, kommt er zuweilen in die Fürsorge unserer Armenverwaltung, die ja auch oft nicht allzu „ährlich“ sich des Arztes annimmt. Im Irrenhaus, Krankenanstalten kommt er endlich in die Hände des Arztes. Ist dieser gewissenhaft, so wird er aus den Akten des Landstreichers manches herauslesen können, was der Polizeibehörde, den Richtern ganz entgangen ist. Professor Wilmanns konstatiert eine „durch ihre Häufigkeit auffallende Geisteskrankheit“, die sogenannte Dementia praecox, bei der von ihm behandelten Landstreichern. Er studierte das Vorleben dieser Individuen sorgfältig, nicht allein die Akten und Auskünfte, und erzählt, daß von 52 Männern vor Ausbruch der Krankheit bereits 20 gezeichnet waren. Es waren von vornherein disponierte Individuen, die durch Hunger, Alkoholismus, Unbill der Witterung, Aufenthalt in Strafankalten usw. körperlich und geistig schwer geschädigt waren,

oder verwarloste, unehelich Geborene, von Geburt schon Schwachsinige und Krüppel waren. Nur bei drei Landstreichern konnte er die Ursache nicht ergründen, während er fand, daß die anderen 32 erst infolge der Krankheit geschickert und größtenteils sehr schnell auf die Landstraße kamen. Nachlässige Erziehung, Trunksucht und Kriminalität der Eltern fand er häufig. Wilmanns schildert uns den wechselvollen, bald schneller, bald langsamer verlaufenden Verblüdnungsprozess dieser Armen. Ihre schlechten Leistungen werden als Faulheit bezeichnet, ihre Willensschwäche, Gleichgültigkeit und läppisches Benehmen gar als Frechheit gehalten usw., aber nicht als Krankheit gleich erkannt. Der unverträgliche, unmoralische, reizbare und nachlässige Arbeiter wird unbarmherzig entlassen, auf die Straße geworfen — wird dann zum Landstreicher! Da die Ausübung der Krankheit auch fast immer Verläufe gegen Gesetz und Ordnung sind, so wird er bestraft und so beginnt seine Strafliste. In einer Reihe von Fällen brach die Krankheit auch während der Militärzeit aus. Wie mag es erst da den Armen ergangen sein?

Statt in die „Behandlung“ der Gendarmen und Richter, Gefängnisaufseher usw. sollten diese Kranken in erster Linie dem Arzte, dem Nervenarzt zugeführt werden. Geschieht dies aber heute? Nein! Der überlastete Richter urteilt summarisch ab, richtet sich meist nur nach dem „Protokoll“ und den — Vorstrafen dieser Individuen. Deshalb könnte jedem Juristen, Strafanstaltsbeamten und Richter das Wilmannsche Buch, speziell die darin geschilderten Krankheitsgeschichten der geisteskranken Verbrecher, die alle unter den Titel „Landstreicher“ fallen, zum Studium empfohlen werden.

Die Organisationen der Arbeiter, die Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Krankenunterstützung gewähren, bewahren heute Tausende vor dem Schicksal der Landstraße — des Rinnsteins und wirken deshalb höchst kulturell. Doch das sieht man da — „oben“ gar nicht ein, weil man ebensovornig Verständnis für die Aufgaben und Leistungen der modernen Arbeiterorganisationen als für die Ursachen der Verbrechen hat.

Trotzdem werden die Gewerkschaften ruhig ihren Gang gehen, dem Ziele entgegen, alle Arbeitskollegen unter ihrem Banner zu fassen. Gelingt dies nicht immer, werden sich auch manche sträuben, so wird doch im Aufklärungswert nicht nachgelassen werden. Es wird aber immer ein Rest übrig bleiben, der stumpf und gleichgültig für die Ziele einer Organisation beiseite steht. Zu diesem zählt sicher auch der Geisteskrante, der im Anfangsstadium seiner Krankheit noch ein „williger“ Arbeiter ist, sich zum Streikbrecher zu jedem Preis anwerben läßt, jeder Solidarität bar, nach dem Streit auf der Landstraße verschwindet. Der aufgeklärte Arbeiter wird deshalb diese Paria der Menschheit, meist Opfer unserer heutigen Produktionsweise, eher bemitleiden als verachten!

„Zur sozialen Verständigung.“

n. Herr Johann Giesberts ist ein viel genannter und viel gesuchter Mann. Führer der christlichen — oder wie sie sich jetzt nennt: „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung, Angehöriger der glorreichen Zentrumsfraktion im Reichstag, hervorragendes Mitglied bürgerlicher Vereinigungen und Gesellschaften, die nach der Mitwirkung gut gestimmter Arbeiter verlangen, ständiger Sprecher auf gleichgearteten Kongressen, denen die Massenbewußten Arbeiter aus guten Gründen fern bleiben — so spielt Herr Giesberts eine gar ansehnliche Rolle. Die Gunst einer mächtigen Partei wie des Zentrums trägt strebsame Leute schnell empor, und so kann es denn nicht wundernehmen, daß Herr Giesberts für würdig befunden wurde, in der Kölner Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung einen Vortrag zu halten. Vor ihm hatte der bekannte Berliner Nationalökonom Professor Schmoller in einem mehrstündigen Kolleg die rechtliche und wirtschaftliche Lage der heutigen Arbeiterklasse, weiter die Gewerkschaften, die Tarifverträge und das Eingungszweifen behandelt und dabei, wie wir dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ entnehmen, die Bedeutung intelligenter und maßvoller Führer des Arbeiterstandes für die weitere Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse scharf betont. Als Ergänzung des Schmollersehen Kollegs war offenbar der Vortrag des Herrn Giesberts vorgesehen, der in seiner Person zugleich bestimmt war, der Versammlung einen der von Schmoller gekennzeichneten „intelligenten und maßvollen Führer des Arbeiterstandes“ vorzuführen. Denn, wie die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt, „mit berechtigtem Stolz konnte anknüpfend an die Worte Schmollers Herr Giesberts, der bekanntlich selbst vor acht Jahren als einfacher Arbeiter in den verschiedensten Stellungen tätig war, darauf hinweisen, daß die junge christliche Arbeiterbewegung bereits über 160 freigestellte Gewerkschaftsbeamte aufweist, die aus ihr selbst hervorgegangen sind und sich im großen und ganzen auch wohl als kluge und besonnene Männer bewährt haben“ — wobei der Vollständigkeit wegen hätte gesagt werden sollen, daß den christlichen Gewerkschaftsbeamten der Weg zur praktischen Erkenntnis von denen vorgebahnt worden ist, die 30 Jahre länger gewirkt haben: von den Gründern und Führern der freien Gewerkschaften.

Herr Giesberts redete in der Kölner Vereinigung für staats- und rechtswissenschaftliche Fortbildung über die christlichen Gewerkschaften. Die genannte Vereinigung ist ins Leben gerufen worden, um Männern der Justiz und der Verwaltung Gelegenheit zur Bereicherung ihrer Kenntnisse vom praktischen Wirtschafts- und Gesellschafts-

leben zu geben. Zu diesem Zwecke werden Vorträge über sozialpolitische Thematata gehalten, industrielle Werke besichtigt usw. Das ist gewiß sehr nützlich für unsere Richter und Verwaltungsbeamten, die durch ihr Studium und ihren Beruf dem Leben mehr ab als zugeführt werden. Und anerkannt zu werden verdient es, daß sie in ihrem Bemühen um Fortbildung auch der Arbeiterfrage ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Herr Schmoller hat der Kölner Vereinigung über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, über Gewerkschaften usw. vorgetragen, Herr Giesberts hat als Ergänzung dazu über die christlichen Gewerkschaften geredet, wobei anzunehmen ist, daß Herr Schmoller die Gewerkschaftsfrage vom Standpunkt der bürgerlichen Sozialreformer, Herr Giesberts sie vom Standpunkt des christlichen Gewerkschafters betrachtet hat. Wissen die Herren von der Kölner Vereinigung, die mit dem praktischen Leben Verührung suchen, nicht, daß es eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung gibt, die an Jahren viermal und an Mitgliedern sechs- oder siebenmal so viel zählt wie die christliche, eine Arbeiterbewegung, der gegenüber die christliche nur als unbedeutendes Anhängsel in Betracht kommt? Die deutsche Arbeiterbewegung hat begonnen auf sozialistischer Grundlage, und auf ihr hat sie sich zu ihrer Höhe gehoben — politisch wie gewerkschaftlich; von ihrem Wesen und ihren Zielen kann weder ein bürgerlicher Sozialreformer noch ein christlicher Gewerkschafter ein Bild vermitteln, und deshalb sind die Leute von der Kölner Vereinigung auf dem verkehrten Wege, wenn sie glauben, unter Umgehung der klassenbewußten Arbeiterschaft Einblick in das soziale Getriebe der Zeit zu gewinnen.

Nicht daß wir Herrn Giesberts die Ehre mißgönnen, in Gesellschaft eines berühmten Hochschullehrers vor Richtern und Beamten Vorträge halten zu dürfen, nicht daß wir darauf bedacht wären, einem der Unseren zu gleicher Ehre zu verhelfen — wir überlassen es getrost den bürgerlichen Bildungsbesessenen, wie und durch wen sie ihr Wissen zu mehren gedenken. Aber es kann doch nicht schaden, darauf hinzuweisen, daß hier ein System vorliegt, das darin besteht: erst die gute Gesinnung und dann erst die Kenntnisse und die Erfahrung eines Menschen in Betracht zu ziehen. Herr Giesberts verdankt die Berufung zum Kurzus der Kölner Vereinigung seiner Eigenschaft als Nichtsozialdemokrat, als Vertreter christlicher und nationaler Gesinnung. Wie die Sozialdemokratie als Partei nicht hoffähig, so ist auch ein Sozialdemokrat nicht würdig, vor preussischen Richtern und Beamten über Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen zu reden; dazu sind nur Männer von so unzweifelhaft guter Gesinnung wie die Herren Schmoller und Giesberts berufen. Ob die Herren aus Grund ihrer Erfahrung und Parteistellung überhaupt befähigt sind, die Arbeiterbewegung in ihrer ausschlaggebenden, das heißt sozialistischen Erscheinung zu verstehen, das ist Nebensache. Wenn daher die „Kölnische Volkszeitung“ am Schlusse ihres Berichtes schreibt: „Die Darlegungen des Arbeitersekretärs Giesberts sind sicherlich geeignet, manche Mißverständnisse, Vorurteile und Bedenken zu beseitigen, die heute bezüglich der Arbeiterbewegung noch bestehen“ — so ist das Schwindel oder, um höflich zu sein: Einbildung. Läge den wißbegierigen Herren von der Kölner Vereinigung daran, dann würden sie ihre Aufklärung über die Arbeiterbewegung nicht ausschließlich von Leuten beziehen, die bezüglich dieser Frage voll sind von Mißverständnissen und Vorurteilen, wie Herr Giesberts, der Vertreter einer Richtung, die entstanden ist im Gegensatz und zur Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung.

Auf die Einzelheiten, die die „Kölnische Volkszeitung“ in einem Artikel betitelt „Zur sozialen Verständigung“ aus dem Vortrag des Herrn Giesberts wiedergibt, brauchen wir nicht einzugehen; was da gesagt wird, ist aus den bisherigen Umgebungen des genannten Zentrumsmannes zur Genüge bekannt. Aber einige Bemerkungen der „Kölnischen Volkszeitung“ dazu sind der Beachtung wert. So meint das Blatt: „Es ist oft mit Recht betont worden, daß die soziale Frage zum großen Teil eine Bildungsfrage ist. Ohne Zweifel können die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe an Umfang und Schärfe in demselben Maße abnehmen, als es gelingt, die Arbeiterschaft auf eine höhere Bildungsstufe zu heben. Je mehr die Arbeiter lernen, die wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Zusammenhang mit ruhiger Überlegung zu betrachten, um so vorsichtiger werden sie in ihren Bestrebungen werden, um so weniger werden sie sich zu übereilten und ungerechtfertigten Schritten hinreißen lassen, und um so eher werden sie sich aus ihren eigenen Reihen hervorgegangenen einsichtigen und maßvollen Führern folgen.“

Das Blatt erwartet also mit der zunehmenden Bildung der Arbeiter eine Milderung der sozialen Kämpfe, eine willigere Unterordnung der Massen unter ihre „einsichtigen und maßvollen Führer“, besonders wenn auch auf der Gegenseite das Verständnis für das Wesen der Arbeiterfrage und die Bedürfnisse der Masse wächst. Wir sind anderer Meinung. Was die Arbeiter betrifft, so bedeutet zunehmende Bildung für uns Erkenntnis ihrer Klassenlage und Stärkung des Wissens, mit ihrem Glend aufzuräumen. Wir wüßten auch sonst nicht, was die herrschende Klasse, das Zentrum voran, veranlassen sollte, die Masse geistig niederzuhalten, wenn nicht zu dem Zwecke, ihr soziales Erwachen zu verhindern, ihre „Begehrlichkeit“ einzuschränken. Gewiß, die zunehmende Bildung der Arbeiter fördert auch die Disziplin und hält ab vor unbesonnenen Schritten, aber deshalb wird die Energie in den Bestrebungen zur Besserung der Arbeiterlage nicht geringer, und deshalb wächst nicht der Einfluß der „einsichtigen und maßvollen Führer“ — im Gegenteil: mit der zunehmenden Einsicht und Disziplin führt die Masse sich selber und ihre „Führer“ werden ihre verwaltenden und ausführenden Beamten.

Auch auf Seiten der Besthenden spielt die Bildung nicht die Rolle, die das Kölner Zentrumsblatt im Auge hat. Es ist hier viel weniger Mangel an Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse, sondern die durch das kapitalistische System gebotene Eignung, die Tun und Lassen der Besthenden bestimmt und die sich nur der größeren Macht der Arbeiterklasse beugt. Und auch Herr Giesberts täuscht sich über seine Bedeutung, wenn er glaubt, er könnte in seiner Eigenschaft als „maßvoller und einsichtiger Führer“ wesentlich zur „sozialen Verständigung“ beitragen. Diese „Verständigung“ zwischen Kapital und Arbeit ist eine Machtfrage und liegt begründet in der Stärke, Geschlossenheit und Energie der Arbeiterorganisation, indem die Unternehmer sich nur so weit zur „Verständigung“ bereit zeigen, wie die in der Organisation liegende Macht der Arbeiter sie dazu zwingen kann. Das ist der Weg zur „sozialen Verständigung“, die als letztes Ende die Gleichberechtigung der Arbeiter und ihre Befreiung von der entwürdigenden und verelendenden Herrschaft des Kapitals haben muß. Und diesen Weg wird die klassenbewußte Arbeiterschaft verfolgen, mag Herr Giesberts sich und sein christlich-nationales Gesolge unterdes als Bürgerschaft der „sozialen Verständigung“ weiter empfehlen.

Soziales.

Unter der Teuerung.

Das Jahr 1906 stand ganz unter dem Zeichen der von einer volsseindlichen agrarischen Interessenpolitik verursachten Lebensmittelteuerung. Die Arbeiterklasse hat unter dieser Teuerung empfindlich zu leiden gehabt, wie männiglich bekannt und wie auch in den Fabrikinspektionsberichten, die jetzt zu erscheinen beginnen, unummunden anerkannt wird. In den jüngst erschienenen bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektionsberichten wird wiederholt auf die Teuerung und die durch sie begründete Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse hingewiesen. In München betragen, wie aus den amtlichen Mitteilungen des Statistischen Amtes festgestellt wurde, die Fleischpreise im Jahre 1906 durchschnittlich: 1/2 Kilogramm Ochsenfleisch 88 Pf. (im Durchschnitt des Jahres 1905 75 Pf.), 1/2 Kilogramm Kalbfleisch 79 Pf. (74 Pf.), 1/2 Kilogramm Schweinefleisch 90 Pf. (80 Pf.), 1/2 Kilogramm Schaffleisch 60 Pf. (56 Pf.). In den Städten Kaiserslautern, Ludwigshafen, Speyer und Zweibrücken betragen die Durchschnittspreise für 1 Kilogramm Rindfleisch 1,75 (1,85) M., 1,70 (1,45), 1,60 (1,40), 1,60 (1,40) M.; für Schweinefleisch 1,85 (1,65), 1,72 (1,80), 1,72 (1,70), 1,68 (1,56) M.; für Kalbfleisch 1,75 (1,55), 1,85 (1,60), 1,72 (1,55), 1,70 (1,50) M. In der Stadt Nürnberg betragen die Markt- und Ladenpreise im Monat Oktober 1906 gegenüber den in Klammern beigefügten Preisen im gleichen Monat des Vorjahres für 1 Kilogramm Rindfleisch 1,80 (1,60), Schweinefleisch 1,80 (1,80), Kalbfleisch 1,80 (1,55), Hammelfleisch 1,75 (1,60) M. In Würzburg betragen die Durchschnittspreise im Jahre 1906 resp. 1905 für 100 Kilogramm Erbsen 30,05 (27,69), Binsen 48,88 (39,56), Bohnen 37,79 (32,92), Kartoffel 5,77 (6,14) M., für 1 Kilogramm Rindfleisch 1,56 (1,49), Schweinefleisch 1,72 (1,52), Kalbfleisch 1,51 (1,39), Hammelfleisch 1,47 (1,34), Spibutter 2,21 (1,99) M. Wozu zu bemerken ist, daß schon das Jahr 1905, wie auch von den Gewerbeinspektoren anerkannt worden ist, im Zeichen der Teuerung stand.

Unter dieser Teuerung hatte naturgemäß in erster Linie die Arbeiterschaft zu leiden, wie auch von verschiedenen Aufsichtsbearbeitern ausdrücklich hervorgehoben wird. Der Beamte für die Oberpfalz sagt allgemein: „Die Lebenshaltung der Arbeiter hat trotz vielfacher Bohnerhöhungen infolge der teuren Lebensmittel eine Besserung nicht erfahren.“ Der Beamte für Oberfranken sagt: „Ungeachtet dieser günstigen Entwicklung (der Lohnverhältnisse) bleibt es fraglich, ob sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse bemerksenswert gehoben hat. Zwar wiesen die Arbeitslöhne eine steigende Tendenz auf, und einem erheblichen Teil der Arbeiterschaft sind Verdienststeigerungen bis zu 10 Prozent und mehr zugute gekommen; allein diese Einkommensteigerungen werden zweifellos durch die allgemein erhöhten Kosten der Lebenshaltung infolge vielfältiger Preissteigerungen, durch verminderte Kaufkraft des Geldes wieder aufgewogen.“ Im Bezirk Schwaben wurde „das Mißverhältnis zwischen Einkommen und den enorm hohen Preisen für alle Lebensmittel und allernotwendigsten Gebrauchsgegenstände im Berichtsjahr noch drückender empfunden als im Vorjahr. Die Preise für Pferdefleisch und Pferdefleischwaren sind wegen Mangel an Schlachttieren gestiegen. In der Stadt Augsburg wurden im Berichtsjahr 71 Pferdeschlachtungen weniger vorgenommen. In den beiden Freibänken herrschte fast ständig Mangel an Fleisch und mußten dieselben daher öfters geschlossen gehalten werden. Der Konsum von Margarine und sonstigen Kunstspeisefetten erhöhte sich infolge Mangel an Rindsfett und Butterschmalz bedeutend. Die Preise für Hülsenfrüchte sind um zirka 10 Prozent gestiegen. Die Milch ist um 2 Pf. pro Liter in die Höhe gegangen. Für Kartoffeln, für alle Sorten Seefische wurden gegen das Vorjahr höhere Preise erzielt; auch die Eier sind im Preise gestiegen.“ Auch in München stieg der Pferdefleischkonsum; es wurden im städtischen Schlachthof 2979 Pferde geschlachtet gegen 2875 im Vorjahr; „die Preise für Pferdefleisch, -wurst und -fett haben sich auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr erhalten.“

In der Tat hat die agrarische Lebensmittelteuerungspolitik den Arbeitern schweren Schaden zugefügt. Das lassen auch diese Äußerungen der Gewerbeaufsichtsbeamten er-

kennen, die als zwingende Mahnungen an die Arbeiter zum Beitritt in ihre gewerkschaftliche und politische Organisationen aufgefaßt werden sollten.

Verbreitung der Innungsfachschulen. Nach einer Übersicht der der Handels- und Gewerbeverwaltung in Preußen unterstellten Fachschulen bestanden am 1. Dezember 1906 in Preußen im ganzen 409 von Innungen und Vereinen gegründete Fachschulen mit 28 728 Schülern. Die weitestgehende Anzahl der Schulen (87) entfällt auf das Barbier- und Friseurgewerbe, es folgen die Gewerbe der Schlosser und Schmiede (58), Maler und Anstreicher (37), Bäcker und Konditoren (21), Bauhandwerker (16), Tischler (11), Fleischer (8), Schuhmacher (6), Sattler (5), Stellmacher (5). An den sämtlichen Innungsfachschulen sind im ganzen 1492 Lehrpersonen beschäftigt, davon 16 hauptamtlich, die übrigen nebenamtlich. Von den Lehrpersonen gehören dem Lehrstand an 587, dem Handwerkerstand 660, sonstigen Berufen 265. Danach sind also die Berufslehrer in recht erheblichem Maße zu den Innungsfachschulen herangezogen worden. Das festzustellen empfiehlt sich gegenüber den in Handwerkerkreisen stellenweise auftauchenden Bestrebungen, sich gegen die Mitwirkung der Lehrerschaft gänzlich abzuschließen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit Erscheinen dieser Zeitung dürfte die Aussperrung in allen Orten beendet und von dem größten Teil der Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen sein. So gewaltig die finanziellen Opfer waren, welche die glückliche Durchführung dieses langen und schweren Kampfes unserem Verband auferlegt hat, so können wir doch, neben den für die Mitglieder in allen Aussperrungsorten erzielten Erfolgen, mit Befriedigung auch die Tatsache feststellen, daß es uns möglich gewesen ist, völlig mit eigenen Mitteln allen Anforderungen an die Verbandskasse während der ganzen Dauer der Aussperrung zu genügen. Hierzu hat uns die uneingeschränkte Opferfreudigkeit der Verbandskollegen im ganzen Reich in den Stand gesetzt, welche sich schon so oft in schweren Zeiten als sicherstes Bollwerk gegen übertriebene Machtgelleüste des Unternehmertums erwiesen hat.

Wir sind überzeugt, daß alle Mitglieder die berechtigte Freude über den für unseren Verband über Erwarten glücklichen Ausgang des Kampfes teilen werden. Die Opfer sind nicht vergebens gebracht worden. In dieser Freude bitten wir aber nicht zu vergessen, daß die Kassen des Verbandes hegreiflicherweise jetzt sehr geschwächt sind. Es ist deshalb unmöglich, daß die in allen Zahlstellen eingeführten Extrasteuern sofort aufgehoben werden. Im Gegenteil muß es gelten, alle Kräfte auch weiter angespannt zu halten, um die eingetretene Schwächung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes möglichst rasch wieder auszugleichen.

In dem sicheren Vertrauen, bei allen Verbandsmitgliedern volles Verständnis zu finden, erneuern wir deshalb unsere Aufforderung vom 4. März (in Nr. 10 dieses Blattes) an alle Zahlstellen: mit den nächsten beiden Abrechnungen je 2 bis 8 Mk. pro Mitglied und Quartal an die Hauptkasse freiwillig abzuführen.

Den folgenden Zahlstellen wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, einen wöchentlichen Lokalbeitrag in angegebener Höhe neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. Mai: Holzwinden 15 Pf., Koba 10 Pf., Soltau (Eingelmitglied) 20 Pf., Wilkau 15 Pf.; ab 1. Juni: Langenberg 10 Pf.; ab 1. Juni: Queblinburg 10 Pf.

Am freiwilligen Beitrage sind die ausgesperrten Mitglieder sind bei der Zahlung der Beiträge gegangen und werden hierdurch quittiert: Soltau i. P. 20 Mk., Treuenbrietzen Sektion der Pantinenmacher 11. R. 10, Brand 860, Leisnig 17,15, Raschau auf Risten 42,80, vom 1. Mai 82, Gardelegen 30, Helmstedt 500, Iphoe 150, Beer 7,08, Odesloe 50, Kellheim i. L. II. R. 100, Pienasens 15, Starnberg 50, Hornberg 50, Schramberg 60, Gutmacher der Firma Metz-Dresden durch Meßschke-Altendorf 46,20, Kollegen der Fichtischen Werkstat Nürnberg 9, Schütze-Georgenthal 2, Mitglieder in Dieffen 5, Mitglieder in Gantensbüttel 5, Mitglieder in Jever 11, Vock-Gifhorn 1, Söner-Burg auf Fehmarn 6, 2 Kollegen aus Jffoire-Franzreich 6,12 Mk.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 18689 Fritz Klinkert, Tischler, geb. 17. 3. 76 zu Graafe. 156446 Franz Günther, Tischler, geb. 18. 4. 69 zu Lindenau. 200877 Otto Weseler, Tischler, geb. 9. 5. 86 zu Braunschweig. 288666 Hermann Spilker, Hilfsarb., geb. 9. 10. 76 zu Gerford. 272061 Jakob Kallippi, Tischler, geb. 6. 11. 85 zu Weschle. 272146 Karl Berger, Tischler, geb. 31. 1. 87 zu Götting. 276479 Ulrich Naas, Tischler, geb. 4. 8. 88 zu Holtorf. 290083 Erich Streu, Tischler, geb. 27. 1. 88 zu Charlottenburg. 299564 Richard Reimann, Tischler, geb. 18. 10. 87 zu Ralfberge. 400324 A. Runzelmann, Tischler, geb. 29. 6. 80 zu Reichenhall. Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Parkettleger.) Da in letzter Zeit viele Arbeitsanfragen von den auswärtigen Kollegen an die Berliner Sektion gerichtet wurden, so bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß in Berlin zurzeit 150 Parkettleger arbeitslos sind, eine ganze Anzahl davon sogar seit 12 bis 17 Wochen, und ist noch keine Aussicht auf Arbeit. Darum möchte ich die Sektionsleiter anderer Städte ersuchen, so bald dort Kollegen gebraucht werden, dieses sofort an den Zentralarbeitsnachweis in München bei dem Kollegen Hans Ostermann zu melden, damit die dort eingetragenen arbeitslosen Kollegen nach der Reihe können vermittelt werden und damit die Verbandskasse entlastet wird. Gleichfalls möchte ich die arbeitslosen Kollegen anderer Städte ersuchen, sich in ihrer Zahlstelle arbeitslos eintragen zu lassen, damit der Zentralarbeitsnachweis das wird, was er sein soll.

Goslar. Die Holzwerke „Glück auf“, Holz- und Spielwarenfabriken in Dörnten bei Goslar, fangen jetzt an, aufzutauen, nachdem einige Zeit hindurch Windstille herrschte. Anscheinend fühlt sich der Herr „Direktor“ veranlaßt, von jetzt an nach berüchtigten Mustern, das heißt nach dem Rezept der Scharfmacher allergewöhnlichster Sorte zu verfahren, wobei ihm von einem graziös in seinem prächtigen Embonpoint einherpustenden Meister in zuvorkommender Weise assistiert wird. Letzterer Herr betrachtet es wahrscheinlich als die vornehmste Aufgabe seines äußerst wichtigen Meisterdaseins, die ohnehin schon erbärmlichen Löhne der Arbeiter dieser Fabrik immer noch mehr zu reduzieren, weshalb schon Dutzende von Leuten den Staub dieser (Hunger-)Küwanstalt von den Pantoffeln schüttelten. Seitens des Herrn „Direktors“ ist schon wiederholt versucht worden, auch bei den organisierten Holzarbeitern dieser Werke „Glück auf“ in ähnlicher Weise zu operieren, selbstverständlich ohne daß ihm das „Glück“ hierbei „auf“ war. Da der Ausfall dieser Sache durchaus nicht nach dem Geschmack eines hochmögenden Herrn Direktors sein konnte, so sammte man auf Nache, welche bereits durch die Maßregelung unseres Kollegen Seifert zur Tat reifte. Von diesem Kollegen, welcher die Stelle eines Maschinenmeisters bekleidete, forderte man, daß er Verrat übe an seinen Arbeitsgenossen; er sollte der Organisation Walet sagen und seinen Mitarbeiter gegenüber einen „anderen“ Ton anschlagen. Als unser Kollege sich derartige Zumutungen entschieden verbat, wurde er kurzgehend entlassen. „Damit es endlich Ruhe in der Bude gibt“, war die wohlweise Begründung dieser Maßregelung. Ob dieser Fall, welcher die Erregung der ganzen Arbeiterschaft der „Glück auf“-Werke hervorrief und als ein Akt trauernder Kapitalhergenossenschaft hingestellt werden darf, wohl endlich die noch nicht organisierten Arbeiter zur Bestimmung bringt? Hoffentlich werden sie bald einsehen, daß hier nur die Einheit der Arbeiter etwas auszurichten vermag, daß sie nicht länger das ehelose Joch willenloser Lohnslaven tragen können, wenn sie Anspruch darauf erheben wollen, Männer zu sein. Warum soll man es den Arbeitern immer und immer wieder zurufen: „Organisiert euch!“ wenn sie von den Verhältnissen schon mit elementarer Gewalt dazu getrieben werden? Ist es denn so fürchterlich schwer, seinen organisierten Mitarbeitern die Hand zu reichen, um vereint mit frischem Mute einzutreten für die Bessergestaltung der elenden Lage? Vorwärts! Dem Mutigen gehört die Welt, und wenn diese auch für uns vorerst nur eine erträgliche Existenz bedeutet. — Den auswärtigen Kollegen empfehlen wir, falls sie einmal Lust verspüren sollten, nach hier zu kommen, nicht nach den Werken „Glück auf“ ihre Schritte zu lenken, sondern auf das Glück, welches sie dort erwartet, lieber zu verzichten. Auskunft in dieser Angelegenheit erteilt die Lokalverwaltung in Goslar.

Groß-Corbetha. (Korbmacher.) Am 5. Mai fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche aber leider sehr schwach besucht war; von hiesiger Zahlstelle, welche 25 Kollegen zählt, waren ganze vier erschienen. Da wir nur alle vier Wochen eine Versammlung abhalten, wäre es doch Pflicht eines jeden Kollegen, regelmäßig zu erscheinen, denn unsere Lage ist noch nicht etwas zu beschaffen, daß wir auf einen derartigen Ausfall rechnen können. Die Besuche der Kollegen sind auch in der Versammlung am 6. April, in welcher Kollege Schinabel-Halle referierte über die Nachtrabe des Unternehmerverbandes, waren nur neun Kollegen anwesend. Kollegen, bedenkt, daß eure Laubzeit den Unternehmern nur willkommen ist. Darum fort mit dieser Gleichgültigkeit, erscheint pünktlich und regelmäßig in den Versammlungen, nur so können wir vorwärts kommen, nur so können wir über Mißstände beraten und unsere gegenwärtige Lage verbessern. Unsere nächste Versammlung findet Sonnabend den 1. Juni statt.

Gerischdorf i. Schl. Wandern wir bergauf bergab durch die romantischen Täler des Riesengebirges, so kommen wir am Fuße der Schneetoppe nach dem Kurort Warmbrunn, wo Schlotbarone, Wärsenjobber und Krautjunker sich im Sommer von ihrer frapaziosen Ausbeute der Arbeiter erholen, wo die Arbeiter aber unter recht ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dahinvegetieren. Trotz der teuren Lebenshaltung verdienen unsere Kollegen im Durchschnitt pro Stunde nur 18 Pf. Am schlimmsten sind die Verhältnisse in dem Größl. Schattgottschschen Betrieb. Dort werden die Arbeiter von dem Betriebsleiter auch noch per Mindestlohn, Dohs oder Gsel angebetet. Auch bei der Firma Wallfisch, wo es zwischen einem Kollegen und dem Unternehmer sogar zu Handgreiflichkeiten kam, steht es recht schlimm aus. — Allerdings werden sich diese Verhältnisse nur schwer bessern lassen, sofern nicht die Kollegen bald mehr Interesse am Verbandsleben zeigen und vor allem die Versammlungen fleißig besuchen. Also, Kollegen, alle Mann zur Stelle, wenn wieder Versammlung stattfindet, damit mehr Arbeitsfreudigkeit in unserer Zahlstelle einkehrt.

Kaiserlautern. Die hiesigen Unternehmer haben durch die Lokalsetzungen bekannt gegeben, daß sie eine Ortsgruppe des Arbeiterschutzesverbandes für die Holzindustrie gegründet haben. Unseren Scharfmachern genügt ihre lokale Vereinigung nicht mehr. Sie fühlen sich zu größeren Taten gegen die Arbeiter berufen. Nun wird die Lohnrückerei noch größeren Umfang annehmen. Denn gerade die Unternehmer, die ihre Arbeiter am schlechtesten behandeln und einen Lohnabzug dem anderen folgen lassen, waren der treibende Keil zur Gründung der Ortsgruppe. Ernste Zeiten

stehen jetzt den Kollegen bevor. Mögen sie nun auch den Ernst der Zeit erkennen und für die Ausbreitung unseres Verbandes Sorge tragen. — Der Gewerkeverein der Schreiner (S.-D.) macht auch bei uns gemaltige Anstrengungen, um seinen schwindlichen Reihen frisches Blut zuzuführen. Mit verschiedenen Flugblättern und Zeitungsartikeln soll dieser Zweck erreicht werden. Daß dabei die „roten Genossen“ nicht gut wegkommen, sei nur nebenbei erwähnt. Aber trotz aller Anstrengungen der Hirsche und trotz der großen Zahl Unorganisierter, die noch hier sind, fällt niemand auf ihren Kuhl hinein. Und so was ärgert die gelben Brüder. Sie haben aber auch gar kein Glück. Wollen sie sich in der Öffentlichkeit von ihrem Schmutz reinwaschen, so bringen sie ihn nicht herunter. Sie versuchen dann nur mit stammelnden Worten ihre Laten zu beschönigen. So geben die Hirsche zum Beispiel zu, daß sie das Mitgliedsbuch eines Mitgliedes unseres Verbandes gegen seinen Willen an ihren Generalrat geschickt haben, damit unser Mitglied zum Gewerkeverein überschrieben werden soll. Sie finden aber nichts Schlechtes darin, weil sie das Buch nicht zerrissen haben. Daß sie das Buch zerrissen haben, wurde von uns auch nicht gesagt. Es scheint aber doch so zu sein, denn trotz mündlicher und schriftlicher Aufforderung haben sie das gewaltfam an sich genommene Buch noch nicht zurückgegeben. Unserem früheren Bevollmächtigten machen die Gewerkevereiner den Vorwurf, daß er selbst die Schuld daran hat, daß er vom Unternehmer Geib entlassen wurde. Auch hier verschönern die Hirsche wieder ihre Laten. Bei Geib arbeiten die Arbeiter nach der letzten Lohnbewegung Samstags 9 Stunden. Nach 6 Wochen verlangte der Unternehmer, daß 9 1/2 Stunden gearbeitet werden solle. Da neben drei Mitgliedern unseres Verbandes zwei Hirsch-Dunder und ein Unorganisierter arbeiteten, frugen wir die Verwaltung des Gewerkevereins, wie sie sich zur Verlängerung der Arbeitszeit verhalten. Da wurde uns schriftlich die Mitteilung gemacht, daß sie keine Veranlassung nehmen, etwas zu machen, und daß ihre Mitglieder tun können was sie wollen. Und ihre Mitglieder erklärten dem Unternehmer, daß sie mit der verlängerten Arbeitszeit einverstanden sind und benutzten unseren Kollegen beim Unternehmer als Heher, was mit dazu beitrug, daß er entlassen wurde. In einer anderen Werkstat, wo immer 6 bis 8 Hirsch-Dunder arbeiten und der Unternehmer fortwährend Verschlechterungen einführt, brüstet sich der Vorsitzende des Gewerkevereins damit, daß der Holzarbeiterverband, solange Gewerkevereiner in dem Betrieb arbeiten, nichts gegen die Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses machen könne. Nach unzählige Fälle könnten angeführt werden, die den Hirschen nicht zum Ruhm gereichen. Doch erkennt man ihre Bestimmung ganz gut daran, daß sie bei der letzten Gewerkegerichtswahl einen Streikbrecher auf ihre Liste setzten und sie diese Liste als die beste anpriesen. Mögen die Hirsche nur so weiter machen, so wird die Kaiserlauterner Arbeiterschaft bald mit Fingern auf sie zeigen.

Münchgraben bei Coburg. Im vorigen Jahr ist hier die erste Thüringer Küchenmöbelfabrik errichtet worden, ein Laubenschlag schlummerter Art. In den Zeitungen wurden von dieser Firma Arbeiter bei einem Wochenverdienst von 25 Mk. gesucht, einen Verdienst, den tatsächlich wohl kein Arbeiter im Betrieb erreicht hat. Besonders unhaltbare Verhältnisse sind in dem Betrieb seit Neujahr eingetreten, seitdem der Besitzer, Herr Maar, ein Zimmermeister, die Leitung desselben selbst in die Hand genommen hat. Da ist es vor lauter Bekanntmachungen und Strafen nicht mehr auszuhalten. Herr Maar, der vom Geschäft natürlich nichts versteht, macht sich auch sonst durch seine wenig sachgemäße Behandlung der Arbeiter unangenehm bemerkbar. Am 20. April erließ er wieder folgende Bekanntmachung:

„Um einen einheitlichen Satz für Taglohnstunden zu schaffen, und solche sowie auf Betriebsunkosten zu nehmen sind, werden solche durchschnittlich mit 80 Pf. bezahlt, und zwar wöchentlich bis zu 15 Stunden. Bei Mehrstunden, welche dem hoch verdienten auf ein besonders angusfertigenes Stück entfallen, wird der Lohn pro 1/2 Stunde mit 10 Pf. festgesetzt. Weiterhin ist der Lohn für die ersten 5 Stunden Taglohn pro Stunde 80 Pf. zu setzen. Dieser Satz tritt ab heute in Kraft. Münchgraben, den 20. April 1907. Arthur G. Maar.“

Das ist ja ein geradezu köstliches Beispiel von Unternehmerrabsolutismus. Herr Maar ist natürlich auch gleich mit Strafen auf Grund seiner Fabrikordnung bei der Hand, obwohl diese von der Aufsichtsbehörde gar nicht beglaubigt ist. So verlangt M. von den Tischlern auch Verrichtung von Maschinenarbeit, obwohl eine sachgemäße Unfallverhütung dem entgegensteht. Als M. von der Zahlstelle Sonnenberg auf die in seinem Betriebe herrschenden Mißstände aufmerksam gemacht und um Beseitigung derselben ersucht wurde, da erklärte er, in seiner Fabrik seien keine Mißstände, was sollte überhaupt dieser Sauroisch. Einigen Kollegen, die für Besserung der Verhältnisse eintraten, ist gekündigt worden. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, diesen Betrieb möglichst zu meiden.

Offenbach a. M. Der 1. Mai ist nun vorüber und wird wegen seiner diesmaligen Besonderheit zu recht vielen Betrachtungen Anlaß geben. Vor allen Dingen dürfte es interessieren, wie sich der Aufbruch des Partes und des Hauptvorstandes in der Praxis bewährt hat. Bei uns in Offenbach war die Bewährung propädit. Die Kollegen verschiedener kleiner Geschäfte, welche sonst immer gefeiert, und wo die Arbeitgeber stets erklärten, „wenn ihr feiert, dann fehlt ja auch der Taglohn, wir haben nichts dagegen“, diese waren in diesem Jahre zum Feiern nicht zu bewegen, weil der Hauptvorstand es auch nicht wollte. In einem Waagegeschäft, dessen Inhaber sich vor einigen Jahren brüstete, daß sein Geschäft am 1. Mai überhaupt stillsteht, und auch stets allgemein gefeiert wurde, ohne irgend einen Zwischenfall, da wurde in diesem Jahr durch Anschlag bekannt gemacht: „Wer den 1. Mai feiert wird bis einschließl. 4. Mai ausgesperrt.“ Dieser Anschlag wurde nun auch in die Praxis umgesetzt, demselben Beispiel folgten auch einige scharfmacherisch veranlagte Kleintrauter. Dieses Vorgehen wundert uns um so mehr, weil hier nie ausgesperrt wurde, mit Ausnahme im vorigen Jahr bei der Firma Ph. Forster & Söhne. Damals standen wir gerade in der Lohnbewegung am 1. Mai gingen den Arbeitgebern die Forderungen zu, und dieses dürfte wohl auch die Firma in ihrem Vorhaben gestärkt haben. Dieser Akt kam jedoch letztere teuer zu stehen.

die Kollegen bleiben so lange auf dem Pflaster bis die ganze Bewegung ihren Abschluß gefunden hatte; wie sehr sich die Firma an der Einigkeit ihrer Arbeiter verpekulierte, gab sie deutlich genug den verhandelnden Organisationsvertretern zu verstehen, und die übrigen Arbeitgeber gaben sogar ihrer Freude Ausdruck, daß die Firma Forster sich nun einmal kräftig die Finger verbrannt hätte. Für uns steht es nach diesem fest, wäre der Aufruf nicht erschienen, dann wäre die Meißener ohne Ausperrung verlaufen. Was enthielt denn nur dieser Aufruf? 1. Wo die Gewißheit besteht, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai zu einer Ausperrung oder zur Aufhebung der bestehenden Arbeitsverträge führen würde, von der Arbeitsruhe in diesem Jahr gänzlicher Abstand zu nehmen! Nichts gelesen ist das nichts anderes als eine direkte Aufforderung an die Unternehmer ihre Arbeiter auszusperrern! Und diese haben sicher gejubelt und gesagt, nun endlich einmal etwas Vernünftiges; der Weg wird vorgezeichnet, man schafft durch einen Anschlag im Betrieb die Gewißheit einer Ausperrung, und fertig ist die Saube, das Lebenslicht der Meißener ist ausgelöscht. — Daß der zweite Punkt des Aufrufs nicht anders lauten konnte, versteht sich am Rande, denn das Aufbringen von Geld scheint ja den Hauptpunkt unserer gegenwärtigen Taktik zu bilden. Es ist wohl sicher schön und auch nötig, daß jeder Kollege sein Solidaritätsgefühl den Ausgesperrten gegenüber durch einen Extrabeitrag bezeugt; aber das eine steht wohl auch fest, wenn wir so weiter wirtschaften und nicht mehr zur Offensive übergehen, sondern abwarten, bis uns die Unternehmer nach und nach aussperrern, das heißt wo es denselben am besten paßt, dann haben wir auch bei einem Beitrag von 2 Mark pro Woche für größere Aktionen kein Geld. Das ist die notwendige Folge unserer Politik. Der eigentliche Zweck des Aufrufs konnte doch nur der sein: jede freiwillige Regelung in den Kollegen vollends zu erschrecken, nur weil dieselbe vielleicht unsere Finanzen schwächen könnte. Aus letzterem Grunde wäre folgende Parole ebenfalls angebracht: Jede Lohnbewegung, wo die Möglichkeit vorhanden ist, daß es zum Kampf kommt, hat zu unterbleiben, weil es sonst Geld kostet. Also sparen wollte man. Und das Gegenteil wird man wohl erreicht haben, denn die bis jetzt vorliegenden Berichte beweisen, daß die Ausperrungen zahlreicher sind wie je zuvor (???) und dies nur darum, weil die Unternehmer den Aufruf der Gewerkschafts- und Parteiführer befolgt haben. Sie haben ihre Arbeiter ausgesperrt! Etwas Gutes wird nun doch bei dieser Sache herauspringen: sie wird manchem die Augen öffnen, daß der ganze Wulst von Erregungen, Voraussetzungen und Phrasen, die man an die Meißener in den letzten Jahren gehängt hat, und die man mit durch die verschiedenen Gewerkschaftskongresse, Parteiv- und Verbandstage geschleift hat, nichts sind, ja sogar der Meißener höchst unwürdig sind. Die einzige richtige Parole dürfte wohl sein: „Jeder Parteigenosse, jeder Gewerkschaftskollege hat dafür einzutreten, daß dem 1. Mai der Charakter des Weltfeiertags gewahrt bleibt und daß durch Arbeitsruhe für die zugrunde liegenden Forderungen demonstriert wird.“ Jedes weitere Anhängsel, jeder Unterstützungsparagraf ist ein Fehler, denn nur die Praxis wird richtig zu entscheiden in der Lage sein, was nach einer eventuellen Ausperrung zu machen ist oder geschehen soll. Wollte man sich nun noch der Mühe unterziehen und sämtliche erlassene Aufrufe der einzelnen Zahlstellen, Partelle, politischen Vereine und Landesorganisationen ihrer Eigenschaft nach prüfen, dann müßte man zum Leid entdecken, welche große Zerfahrenheit in dieser und noch anderen Fragen eingerissen ist, und einsehen lernen, daß nur das ewige Fir und Gegen die Meißener zur Bedeutungslosigkeit degradiert hat! Es wäre zu wünschen, daß von den Mitgliedern aus die Weisung zur Änderung unserer Taktik dahingehend käme, daß wir uns wieder mehr der radikalere Seite zuwenden, daß unser ganzes Handeln und Streben den Beweis dafür liefert, daß es uns bitterernst ist mit der Umwälzung der heutigen Zustände und nicht alles, was diesen Charakter trägt, verachtet und verschleiert wird, denn damit kommen wir nicht vorwärts, sondern erleben eine Enttäuschung um die andere.

Schwierigkeit. In blinder Wut stürzen sich die „Fische“ bei allen möglichen Gelegenheiten auf den Deutschen Holzarbeiterverband, um der gehabten Organisation ein auszuweichen. Diesen Zweck soll auch ein Artikel in Nr. 18 der „Eiche“ vom 3. Mai mit der Überschrift „Strafe für zielberaubte Kohorten“ erreichen. Der im Artikel der „Eiche“ gebrauchte Ausdruck „Bammel“ dürfte auf den Artikelschreiber der „Eiche“ vollständig zutreffend sein, denn eine ganz gemeine Lüge ist es, daß der fragliche Maschinenarbeiter, Lürkot ist sein Name, aus dem Holzarbeiterverband ausgetreten ist, weil er sich seine politische Gesinnung nicht vor schreiben lassen wollte. Lürkot war viele Jahre eifriger Parteigenosse, agitierte, wo es nur möglich war, für die politische Organisation, und jetzt magt die „Eiche“ zu schreiben, er sei gezwungen worden, Sozialdemokrat zu werden. Warum erklärten denn die hiesigen Vorstandsmitglieder des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereins, den obengenannten Lürkot, nachdem er aus unserer Zahlstelle wieder ausgetreten war, denselben in den Gewerkschaften nicht aufzunehmen? Weil sie genau wußten, was dieses Kind dieser Luchkollege ist und wie ihn der Wind aus dem Verband in den Gewerkschaften der Fabrikarbeiter, von dort wieder in den Verband und jetzt zuletzt in die Streikbrecherorganisation, den Gewerkschaften der Tischler, geschleudert hat, wo er ja hingehört. Dem Gewerkschaften gratulieren wir zu diesem Mitglied, er ist dessen wert. In einer wirklichen Arbeiterorganisation, die es mit der Arbeitersache ehrlich meint, ist für solche Herrschaften kein Platz. Doch der Hirsch-Dunckerische Gewerkschaften muß, um die Lücken der fortwährend austretenden Mitglieder einigermaßen auszufüllen, selbst einen Lürkot aufnehmen. Auf die Beurteilung, welche unser Kollege erhalten hat, und auf die Angelegenheiten seit unserer Bewegung werden wir uns, verehrte „Fische“, bei Gelegenheit hier persönlich unterhalten, damit alle hiesigen Holzarbeiter über den wahren Charakter der „Eiche“ sowie des ganzen Gewerkschaftsvereins Aufklärung erhalten.

Schwierigkeit a. B. Wirklich nette Zustände herrschen hier in der Genossenschaftslehre. Dem Herrn Dräger, Vertführer der genannten Tischlerei, scheint jetzt der Kamm zu schwellen. Dem Herrn scheint die Rabardische Idee „Nieder mit dem Holzarbeiterverband“ in die Glieder gefahren zu sein, denn er sieht seine vornehmste Aufgabe darin, unsere Organisation am Orte zugrunde zu richten. Im Herbst

vorigen Jahres hat er unseren Kassierer aufs Pflaster geworfen, jetzt ist ihm wieder ein tüchtiges Mitglied unserer Organisation, nebenbei bemerkt noch Kartellvorsitzender, in seinen hochfliegenden Plänen hinderlich gewesen, nun hat er ihn eben kurzerhand auch aufs Pflaster geworfen mit der Bemerkung, es könnten noch einige derselben Sorte folgen. Den reisenden Kollegen rufen wir hiermit zu: Berühmt Herrn Dräger mit eurer Person, laßt ihn zu der Erkenntnis kommen, daß organisierte Kollegen nicht bloß dazu da sind, um von ihm aufs Pflaster geworfen werden zu können.“ Den Kollegen am Orte möchten wir zurufen, laßt euch nicht dadurch betören, haltet fest an unserer Organisation, seid einig; laßt die Streitigkeiten untereinander, wobei die Kräfte jedesmal die lachenden Dritten sind; besucht fleißig unsere Versammlungen, dann wird es uns auch gelingen, Herrn Dräger den Standpunkt klar zu machen.

Zeit. Auch am hiesigen Orte nahmen die Kollegen in Rücksicht auf die gegenwärtigen Kämpfe von der Meißener da Abstand, wo größere Ausperrungen drohten. Die Kollegen verpflichteten sich jedoch, in Zukunft jede Überstunde stricke zu verweigern. In der Kneißelschen Werkzeugfabrik nahmen sechs Hobelbankmacher an der Arbeitsruhe am 1. Mai teil und wurden dafür zur Strafe bis 18. Mai ausgesperrt. Doch hatte die Zeitung der Firma damit gerechnet, daß die Kollegen am 2. Mai kommen würden und unter Entschuldigungen, nie wieder gegen den geheiligten Profit zu sündigen, sich wieder zur Arbeit anbieten würden. Darin sah sich die Zeitung jedoch gründlich getäuscht. Statt einer reumütigen Entehr reichelten die Sünder durch die Sozialverwaltung eine Lohnforderung ein mit dem Ersuchen, bis Freitag den 10. Mai sich zu äußern. Der Erfolg war überraschend. Schon am 8. Mai hatte jeder Ausgesperrte eine Einladung der Firma in Händen, in welcher diese um Verhandlung ersuchte. Ein Verhandeln mit außerhalb des Betriebs stehenden Personen lehnte die Firma ab. Nun, auch darüber hätte diese noch mit sich reden lassen, doch war es nicht nötig, hier darauf zu dringen. Bei den Verhandlungen wurde die Ausperrung zurückgenommen, und verpflichtete sich die Firma durch Ehrenwort, vom 1. Juni 1907 ab die Lohnerböschung eintreten zu lassen. Die Arbeit wurde daher am 10. Mai wieder aufgenommen. Der tiefe Eindruck, den die Angelegenheit auf die übrigen Kollegen machte, wird seine Früchte tragen. Den Kollegen aber rufen wir zu, seid einig und haltet fest zum Verband, dann wird auch für die übrigen die Zeit der Ernte nicht auf sich warten lassen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Bezug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zugung ist fernzuhalten von:
 - Sämtlichen Holzarbeitern nach Andernach, Barmen-Eberfeld, Berlin, Burg bei Magdeburg, Dresden, Gölitz, Guben, Halle a. S., Kiel, Leipzig, Oldenburg;
 - Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bromberg, Greifswald, Guben, Holzgerlingen, Lage (Niedhoff), Landsberg a. B., Liegnitz (Gerit und Verand), Meß (Gothringer Baugesellschaft), Mülln i. L., Mustau (Koch), Neustadt a. Orla (Mevil-Wachmann), Deynhausen (Schmidt), Regensburg (Raifer), Rostock, Stolp (Körner), Tepitz (Böhmen), Anna (Steinmann), Wernigerode (Mehoff);
 - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern, Parkettbodenlegern nach Krumbach (Schwaben), Lübeck;
 - Tischlern und Stellmachern nach Bismar (Waggonfabrik);
 - Drechslern, Tischlern, Holzschleifern nach Bernau, (Loh) (L. B.);
 - Drechslern und Holzschleifern nach Bingen (Schwalbach) (Sägewerk von Gebr. Wölter);
 - Drechslern und Knospfuchern nach Breslau;
 - Bergolbern nach Göteborg (Schweden), Zürich (Firma Thomas & Krannig und M. Herzog);
 - Stellmachern nach Köln a. Rh. (Wagenfabrik Scheele);
 - Korbmachern nach Reichenbach i. Vogtl. (Böcher).

Zur Ausperrung.

Zu dem Abkommen, das zwischen dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes und dem Vorstand des Schutzverbandes für die Holzindustrie zwecks Beilegung der Ausperrung getroffen worden ist (siehe unseren Leitartikel), haben die Kollegen in den Ausperrungsorten bereits Stellung genommen. Wie uns mitgeteilt wird, haben die Kollegen in allen Orten außer Dresden — wo die Versammlung infolge Eintritts der Polizei zum Beschlußfassung nicht kam — dem Frieden auf Grundlage der getroffenen Vereinbarungen mit großer Majorität zugestimmt, so daß Mitte dieser Woche die Arbeit wieder aufgenommen sein dürfte. Wir bringen aus Berlin und Leipzig folgende kurze Situationsberichte:

In Berlin fand die Versammlung am Morgen des 18. Mai statt, nachdem die Vertrauensmännerversammlung bereits am Abend des 12. Mai zu dem Schiedspruch Stellung genommen hatte. Bereits um 8 Uhr morgens erschienen die Kollegen in hellen Scharen vor dem Versammlungslokal, dem geräumigen Jirtus Schumann. Bald war der Versammlungsraum so überfüllt, daß viele Kollegen keinen Eingang mehr fanden. Ausweislich der Kontrolle waren gegen 9000 Kollegen anwesend. Kollege Glocke referierte. Anfangs machte sich gegen seine Ausführungen heftige Opposition bemerkbar, doch bald verstummte die Opposition. Die folgenden Redner sprachen unter zunehmendem Beifall für Annahme des Schiedspruchs. Die Diskussion wurde schließlich durch Abstimmung geschlossen, da sich alle Kollegen über ihre Entscheidung klar waren. Dann

erfolgte die Abstimmung über den Schiedspruch, an der sich viele in Arbeit stehende Kollegen nicht beteiligten, um den Ausgesperrten die Entscheidung zu überlassen. Der Schiedspruch wurde schließlich in geheimer Abstimmung mit 4705 gegen 1861 Stimmen — 84 Stimmen waren ungültig — angenommen.

In Leipzig erstattete in einer am 11. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung Kollege Gerike Bericht über die in Berlin gepflogenen Verhandlungen und den dabei beratenen neuen Vertragsentwurf. Der Redner gab einen kurzen Rückblick über die Entstehung der Differenzen und die dabei vom Arbeitgeberverband beabsichtigte Schwächung unserer Organisation. Die Absicht des Unternehmertums, den Arbeitern die Verträge zu diktiert, sei gründlich verurteilt worden. Die Unternehmer aus den einzelnen Städten seien alle nach Berlin gekommen mit der festen Absicht, überhaupt nichts zu bewilligen. Der Einwirkung der Vertreter der Zentralvorstände gelang es jedoch in den meisten Fällen, diesen Herren eine andere Meinung beizubringen. Die beratenen Verträge würden nicht allenthalben den Wünschen der Kollegen entsprechen, jedoch wenn die Kollegen die vorhandene Situation und das Vorgehen der Unternehmer gegen uns entsprechend berücksichtigen, so sei allenthalben ein befriedigender Erfolg zu verzeichnen. Auch der Leipziger Vertrag bringe nicht das, was die Kollegen für einen neuen Vertragsabschluss voraussetzten, aber trotzdem bedeute er einen wesentlichen Fortschritt für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte. In der darauf folgenden Diskussion sprachen eine Anzahl Kollegen gegen die Annahme dieses Vertrages, besonders wurde bemängelt, daß es den Kollegen nicht möglich war, zu den wesentlichen Bestimmungen des Vertrages vorher Stellung zu nehmen. Die Vertragsdauer sowie der gemeinsame Ablaufstermin wurden als schädigend für die Organisation bezeichnet. Auch die Frage des Mindestlohnes für die Maschinenarbeiter und der Passus über die durch Alter und Invalidität minderleistungsfähigen Gehilfen fand nicht die Zustimmung der einzelnen Redner. Nachdem der Kollege Gerike nochmals auf die gemachten Einwände einging, sowie auf die Bedenken, welche eine Ablehnung des vorgelegten Vertrags für die Einigung auf der ganzen Linie bedeuten, hinwies, wurden die Abmachungen mit großer Majorität angenommen.

Wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, erfolgt nach den Vereinbarungen mit den Unternehmern allenthalben die sofortige Arbeitsaufnahme, so daß der Kampf Mitte dieser Woche sein Ende erreicht haben dürfte.

Die Berliner Meister nahmen am Abend des 13. Mai zu dem Schiedspruch Stellung. In der Versammlung machte sich heftige Opposition gegen die Verträge geltend, der Vorstand wurde scharf angegriffen, niemand war mit dem Schiedspruch zufrieden; nur die Mitglieder des Vorstandes sprachen für Annahme. Die Abstimmung wurde nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter vorgenommen; für je 10 wurde 1 Stimme abgegeben, 237 Stimmen waren für, 418 gegen Annahme des Schiedspruchs. Die Aufnahme der Arbeit erfolgt Mittwoch, die Einstellung erst nach und nach. In den ersten Wochen werden nur die vorhandenen Ausgesperrten eingestellt.

In Brandenburg glaubten die Tischlermeister aus Anlaß der Differenzen in der Holzindustrie auch ihr Teil an der Vernichtung des Holzarbeiterverbandes beitragen zu müssen. Sie kündigten am 2. April den zwischen Arbeitgeberverband und Holzarbeiterverband abgeschlossenen Vertrag. Hiergegen wäre an sich nichts einzuwenden, da es laut Vertrag beiden Seiten frei stand, diesen Vertrag zum 1. April zu kündigen. Es lassen aber die Äußerungen, welche der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Weigel Brandenburg, in einem hiesigen Restaurant geäußerte, nicht darauf schließen, daß es der Wahrheit entspricht, wenn die Meister den Gesellen gegenüber die Kündigung des Vertrags damit begründeten, die Kündigung sei nur aus redaktionellen Gründen erfolgt, vielmehr ist es ihnen darum zu tun, den Gesellen einen für die Meister günstigeren Vertrag aufzuzwingen. Der erwähnte Vorsitzende sagte, den Tischlern werden wir es diesmal schon zeigen, denen legen wir einen Vertrag vor, und wenn sie den nicht anerkennen, sperren wir sie aus. Der den Gesellen überhandte Vertrag enthielt tatsächlich einige Verschlechterungen gegenüber den bisher gültigen. Die bisher zwecks Abschluß eines neuen Vertrags geführten Verhandlungen waren auf den gleichen Ton gestimmt und verliefen infolge dessen resultatlos. Die hiesigen Tischler werden sich aber bei dem Abschluß des neuen Vertrags von den Äußerungen des Herrn Barthelmeus nicht beeinflussen lassen.

In Frankfurt a. M. sind in der Kammfabrik von Walter & Namvoh Differenzen ausgebrochen. Seit längerer Zeit besteht dort schon ein gespanntes Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung, was wohl seinen Grund darin hat, daß der Zahltag vom Freitag, wie er bisher bestand, ohne die Arbeiter zu fragen, auf den Sonnabend verlegt wurde. Die Verrechnung geschieht aber nur bis Freitag, so daß ein Tag drin bleibt; eine Verhandlung war erfolglos. Um es aber nicht zum Konflikt kommen zu lassen, hatten sich die Arbeiter damit abgefunden. Kurze Zeit darauf wurde ein Kollege ohne jeden Grund entlassen, und da einem Teil der Kollegen die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage versprochen worden war, dies aber von der Firma nicht eingehalten wurde, strengte dieser Kollege Klage beim Gewerbegericht an. Nach Ablegung des Eides wurde die Firma auch verurteilt. Das mag allerdings bitter sein, so ohne weiteres 35 Mk. berappen zu müssen, aber jedenfalls ist damit bewiesen, daß der Kollege im Recht war. Es mag nun wohl den Herren Firmeninhabern der Gedanke aufgefallen sein, daß die übrigen Kollegen ihre Rechte auch geltend machen würden; das mußte aber auf alle Fälle verhindert werden, und wurde ihnen ein Schriftstück vorgelegt, womit sie durch ihre Unterschrift bekunden sollten, daß ein solches Versprechen, die Feiertage zu bezahlen, nie gegeben worden ist. Eine solche Zumutung ging den Kollegen doch zu weit; man muß sich vor Augen führen, erst beschwört ein Kollege vor Gericht, daß es von der Firma versprochen wurde, und jetzt verlangt die Firma von anderen Kollegen, das Gegenteil zu unterschreiben. Welche Folgen das nach sich ziehen würde, braucht hier nicht erörtert zu werden. Die

Unterschrift wurde versagt und die Folge war, daß allen Arbeitern gekündigt wurde. Der Verwaltung, welche vorstellig geworden war, erklärte die Firma, die Kündigung aufrecht erhalten zu wollen, es müsse einmal neues Blut in ihre Fabrik kommen; im letzten Jahre habe sie 10000 Mt. zugelegt, infolgedessen seien die Löhne zu hoch. Daraus geht hervor, wo die Herren hinaus wollen. Die Kollegen sind zu teuer, man will billigere haben und da war gerade die Gelegenheit günstig, die Kollegen los zu werden. Wir ersuchen deshalb die Kollegen aus der Kammerbranche, den Zugang nach Frankfurt a. M. fernzuhalten, damit nicht zu viel neues Blut in die Fabrik der Herren Walter & Ramroth kommt; wir sind überzeugt, daß sie sich dann eines Besseren bestimmen.

Auch in der Turngerätefabrik von Helwig sind Streitigkeiten ausgebrochen. Der Herr ist ein großer Gegner der Meister, und da sich die Tischler erlaubt hatten, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, mußte Rache geübt werden, drei von diesen Sündern wurden entlassen. Weil die übrigen aber auch gesündigt hatten, erklärten sie sich solidarisch und verlangten die Zurücknahme der Kündigung. Das wurde allerdings von dem gestrengen Herrn abgelehnt, und so haben sie beschlossen, Herrn Helwig seine Turngeräte, welche er zum großen Teil für die Arbeiterturnvereine macht, selbst herstellen zu lassen. Ob er das fertig bringt, wissen wir nicht, jedenfalls ersuchen wir aber die auswärtigen Kollegen, Herrn Helwig nicht dabei zu fördern, damit die Geräte so ausfallen, daß die Jünger Jahns keinen Unfall dabei erleiden.

In Holzgeringen haben die Kollegen Forderungen gestellt. Es handelt sich um Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Freisetzung eines Minimallohnes von 27 bzw. 30 Pf. pro Stunde. Drei Meister mit zehn Arbeitern haben bewilligt, die übrigen wollen die Arbeitszeit auf mindestens zehn Stunden und die Stundenlöhne auf höchstens 24 bzw. 27 Pf. festgesetzt wissen. Bei den Meistern, die nicht bewilligt haben, stehen die Kollegen in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Pippstadt haben unsere Kollegen bei der Firma Fritz Göbings eine Lohnbewegung erfolgreich beendet. Zunächst ließ der Firmeninhaber die Forderung der Bürstenmacher unbeantwortet. Als jedoch die Kollegen die Kündigung einreichten und die Sperre über den Betrieb verhängten, kam es zu Verhandlungen, die mit dem Abschluß eines Tarifs endigten. Derselbe setzt fest für Bechen gewöhnlicher Ware 1,60 Mt., polierte Ware 1,70 Mt., ohne Auspußen und Beschneiden; außerdem ist der Stundenlohn von 33 auf 35 Pf. erhöht. Der Tarif gilt bis zum 1. Juli 1908. Möge dieser Erfolg, der doch nur durch unseren Verband erzielt wurde, für die Kollegen ein Ansporn sein, sich, soweit das noch nicht geschehen ist, unserer Organisation anzuschließen. Die gleiche Mahnung möchten wir auch an die Bürstenmacher in den benachbarten Städten richten, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Verbesserung sehr gut vertragen können. Auswärtige Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden gebeten, vorher beim Bevollmächtigten Stephan Arnzen, Rickshofstr. 110, Erlundigungen einzuholen.

In Mülla in Bauendorf stellten am 1. Mai unsere Tischlerkollegen die Arbeit ein, weil ihnen nicht nur die Forderung der Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, sondern auch jede Unterhandlung darüber rundweg abgelehnt wurde. Zugang ist fernzuhalten.

In Ober a. S. ist nunmehr auch seitens der Firma Bosenmüller der neue Tarif für Korbmacher anerkannt worden, so daß diese wesentliche Lohnverbesserung sich auf beide Betriebe dieser Branche am Orte erstreckt. Freuenlicherweise haben die bei genannter Firma beschäftigten Kollegen eingesehen, daß die Organisation doch kein leerer Wahn ist, und daß es durch dieselbe nur möglich ist, bessere Verhältnisse zu erringen und zu erhalten. Möge dieser schöne Erfolg die neu gewonnenen Kollegen anspornen zu weiterer Betätigung als zielbewusste Kämpfer der großen Sache der gewerkschaftlichen Organisation, so werden sie einst mit Recht stolz darauf sein können, immer treu geblieben zu sein der sturmbelegten Fahne des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

In Hoftock wurde die angekündigte Aussperrung wegen der Meister vollzogen. Die Unternehmer glaubten mit dieser Aussperrung sich den ihnen lästigen Vertrag vom Hause zu schaffen. Durch geschicktes Eingreifen unseres Hauptvorstandes ist ihnen dies gänzlich mißlungen. Von über 200 in der Stadt beschäftigten Tischler sind jetzt 120 ausgesperrt. Der Befehl des Hauptvorstandes der Arbeitgeber, alle Tischler zu entlassen, wurde von mehreren Unternehmern einfach nicht befolgt. Viele von den in Arbeit stehenden haben den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Andererseits sind von den entlassenen Kollegen ungefähr ein Drittel, die nicht gefeiert haben. Diesen Kollegen wurde am 2. Mai von ihren Arbeitgebern anheim gestellt, entweder die Arbeitsstätte zu verlassen, oder aus dem Verbandsauszutreten. Dieses Ansinnen wurde von unseren Kollegen ganz energisch zurückgewiesen. Einmütig und geschlossen verließen sie die Arbeitsstelle. — Durch dieses brutale Vorgehen haben die Unternehmer unseren Vertrag durchbrochen, denn der Absatz 6 besagt, nachdem von der Bildung einer Schlichtungskommission die Rede war, wörtlich: „Auf keinen Fall darf eine Arbeitsniederlegung noch Aussperrung erfolgen, bevor die Kommission endgültig entschieden hat.“ Alles Frohlocken hat ihnen aber nichts genützt, denn sie sind den für uns günstigen Vertrag nicht los geworden. Zwischen den beiden Zentralvorständen (der Holzindustriellen als auch unseres Hauptvorstandes) ist am 4. Mai ein Vergleich dahin zustande gekommen, daß die Arbeit unter dem alten Vertrag wieder aufgenommen wurde. Unsere Kollegen beschloßen daraufhin, die Arbeit am 7. Mai geschlossen wieder aufzunehmen. Damit ist der Angriff, den die Unternehmer auf unsere Organisation unternommen hatten, glänzend abgesehen.

In Stolp haben in der Küchenmöbelfabrik von Gebrüder Körner die dort beschäftigten Kollegen am 30. April die Arbeit niedergelegt. Die Firma wollte den Kollegen einen Tarifvertrag aufzwingen, welcher unannehmbar war. Zum Beispiel für ein Küchenpind 3,10 Mt., während wir in anderen Betrieben schon 9 Mt. und darüber bekommen. Verhandlungen, welche von den Vorständen in die Wege geleitet wurden, scheiterten an dem prozeduralen Benehmen

der Firma. Auch bei der Firma Willey drohen Differenzen auszubrechen. Herr Willey kann sich noch immer nicht an die von ihm anerkannten tariflich festgelegten Preise gewöhnen, sondern knüpft mit den Kollegen immer wieder neue Gängel an. Da die Verhältnisse am hiesigen Orte durchweg nicht günstig zu nennen sind, ersuchen wir die Kollegen von auswärtig, den Zugang nach hier fernzuhalten.

In Striegau wurde von unseren Kollegen gemeinsam mit den Hirsch-Dunckerschen den Unternehmern ein neuer Lohn- und Akkordtarif vorgelegt, der aber von den Unternehmern ignoriert worden ist. Als dann die Meister am 29. April von uns zu Verhandlungen und Durchberatung des neuen Tarifs eingeladen wurden, wurde die Einladung ablehnend beantwortet. Die Meister erklärten, sie zahlten schon viel zu viel Lohn. Der Innungsoberrmeister kündigte darauf einem Kollegen, der bei der Ausarbeitung des Tarifs mit tätig gewesen war. Alle Vorstellungen der Organisationsvertreter waren resultatlos, so daß schließlich die Kollegen genötigt waren, einmütig zu kündigen. Die Kündigung läuft schon am 18. Mai ab, und bitten wir alle Kollegen, die nicht zum Arbeitswilligen werden und uns helfen wollen, unsere Löhne von 8 bis 18 Mt. aufzubessern, Striegau streng zu meiden.

Aus der Holzindustrie.

Die armen Hirsche!

In der Hirsch-Dunckerschen „Giche“ ist es auf einmal recht still geworden über die Aussperrung in der Holzindustrie, die die Unternehmer mit Unterstützung der braven Hirsche durchgeführt hatten. Auch von einem „Kampf bis aufs Messer“ gegen den Deutschen Holzarbeiterverband, von dem die „Giche“ in Übereinstimmung mit der „Fachzeitung“, dem Unternehmerorgan, in den letzten Monaten so viel schrieb, kann man in diesem Streikbrecherblatt jetzt nichts mehr lesen. Die Situation hat sich nun einmal sehr verändert, sehr zum Leidwesen der armen Hirsche, die jetzt die Erfolge ihrer Streikbrecherei einzuheimen gedachten und denen nun bei der Ernte recht häßlich zu werden beginnt. Die Hirsche, die sonst bei den Unternehmern ein vielbegehrter und angesehener Artikel waren, weil sie ihre Arbeitsbrüder in der gemeinsten Weise verrieten und den Scharfmachern in dem schweren Kampfe willige Streikbrecherdienste leisteten, stehen bei den Unternehmern, wie es scheint, nicht mehr auf der Rechnung. Wurden sie doch nicht einmal mehr zu den Verhandlungen zwecks Beilegung der Aussperrung zugezogen. Die Unternehmer, die sonst so großen Wert auf die Teilnahme der Hirsche an den Vertragsverhandlungen legten, äußerten keinen Wunsch auf Zuziehung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsleitung zu den Berliner Verhandlungen, und die Vertreter unserer Organisation hatten natürlich keinerlei Bedürfnis zu dieser Streikbrechergesellschaft. So kamen die Verträge für sämtliche 17 Aussperrungsorte ohne Mitwirkung des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafts zustande. Selbst bei Beratung der Verträge für Halle, Leipzig und Lübeck, wo von den Hirschen doch Streikbrecherverträge abgeschlossen worden sind, wurden sie nicht zugezogen. Ganz konnten sie sich einer Beteiligung an dem Schluphdrama der Aussperrung nicht enthalten, so standen zwei der Hirsch-Dunckerschen Führer — man versichert uns, es seien die Herren Bambach und Schumacher gewesen — wenigstens den Unternehmern bei Beratung des Lübecker Vertrages vor dem Gewerbegericht lokale Schmiere. Sonst aber war von den guten Hirschen während der ganzen Dauer der 2 1/2 wöchigen Verhandlungen in Berlin nichts zu merken. Sie mag wohl von den Hirschen reden zu einer Zeit, wo die Hirsch-Dunckersche Sache allgemeiner Beachtung preisgegeben ist. So schwierig auch die Unternehmung, die auch nur den Verrat lieben, nicht aber den Verräter, sein mäuschenstill. Inzwischen haben ja die Unternehmer schon mit der kräftigen Abschüttelung der auch so lieben Hirsche begonnen. In dem Unternehmerblatt werden jetzt keine Aufrufe zugunsten des Gewerkschafts der Tischler (Hirsch-Duncker) mehr veröffentlicht, dafür hat aber Herr Meinecke, der Abtats des Herrn Kahardt, mit der Gründung einer gelben Gewerkschaft der Holzarbeiter begonnen. Und die Hirsche wollten doch selbst gelbe Gewerkschaft sein, deshalb ihre gemeine Arbeiterverräterei. Jetzt ist der Gewerksverein den Unternehmern noch nicht einmal mehr zur gelben Gewerkschaft gut genug. Arme Hirsche, wie tief seid ihr gesunken.

Unsere Kollegen werden nun allenthalben an die Arbeit zurückkehren, und sie werden dabei oft genug in den Werkstätten auf die guten Streikbrecherhirsche stoßen. Die Gefahr liegt dabei zu nahe, daß unsere Kollegen in begreiflicher Erregung über die letzten Hirsch-Dunckerschen Gemeinheiten zu Auseinandersetzungen mit den braven Hirschen kommen. Wir möchten unsere Kollegen inständigst bitten, von jeder Auseinandersetzung mit den Hirschen abzusehen und sie lieber mit Verachtung zu strafen. Denn in der Erregung über die Streikbrechereien könnten unsere Kollegen leicht ein Wort zu viel sagen, das ihnen verhängnisvoll werden könnte, und Leute, die wie die Hirsche so schlecht sind, daß sie ihre Arbeitsbrüder um weniger Silberlinge willen oder aus Feigheit verraten, sind auch schlecht genug, unsere Kollegen wegen der geringsten Äußerung vor den Strafrichter zu zerren und ins Glend zu stürzen. Also, Kollegen, vermeidet jede Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft, versucht aber die anständigeren Elemente unter ihnen von der Verwerflichkeit

der Hirsch-Dunckerschen Sache zu überzeugen und zu überzeugten Anhängern des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu machen.

Bedrohung der Kleinmeisterexistenzen durch höhere Löhne. Gegen die törichte Auffassung, daß das Kleinmeisterum in der Bauschreinererei sich nicht rentabel betätigen könne infolge der Lohnansprüche der Arbeiterschaft, nimmt auch die Handelskammer zu Frankfurt am Main in ihrem letzten Wirtschaftsbericht Stellung. Es wird nach einer Besprechung der im Sommer 1906 zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und den Unternehmern in der Bauschreinererei zustande gekommenen Vereinbarung erwähnt, daß dieses Übereinkommen nur von dem Verband der Arbeitgeber im Schreinerergewerbe, dem die größeren Betriebe angehören, ganz angenommen wurde, während die Generalversammlung der Schreinerzwangsinnung den Punkt 6, Absatz 1 (wonach bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt der Arbeiter innerhalb des Stadtgebietes einen Zuschlag von 3 Pf. pro Stunde erhalten soll, bei dauernder Rundschäftsarbeit freie Vereinbarung gilt) ablehnte. Diese Stellungnahme erfährt seitens der Handelskammer eine recht verständige Kritik. Gerade die Kleinmeister, so führt der Bericht aus, glaubten sich durch diesen Zuschlag von 3 Pf. in ihrer Existenz bedroht, während doch die Ursache, daß dieselben nicht recht prosperieren, ganz anderswo liegen dürfte.

Gewerkschaftliches.

ernet gerecht sein!

Der „Grundstein“, Organ des Zentralverbandes der Maurer, bringt in seiner letzten Nummer unter obiger Spitze sehr beherzigenswerte Worte. Bekanntlich suchen die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Arbeiterklasse mit allen, auch den schäblichsten Mitteln das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Funktionären und Führern zu untergraben durch Ausstreuen böswilliger Verleumdungen oder durch Aufschmelzung des Meides usw.

Sie werden in diesem edlen Beginnen, wenn auch ohne bewusste Absicht, oft unterstützt durch Mitglieder der Organisationen selber, die aus irgend welchen Anlässen mit dieser oder jener taktischen Maßnahme nicht einverstanden sind.

Ein solches untaktisches und sehr oft direkt organisations-schädigendes Treiben wird nun in dem „Grundstein“ anlässlich einiger, auch in der Maurerorganisation vorgekommener Fälle dieser Art treffend gezeißelt. Es heißt da:

„Auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat man es bei allen Meinungs-differenzen mit zunächst liegenden, gewöhnlich unmittelbar bevorstehenden oder bereits begonnenen taktischen und praktischen Unternehmungen zu tun. Greift hier die in Rede stehende Ungerechtigkeit ein, macht sich hier blinder Eifer oder Vorurteil und Fanatismus gegenüber der ruhigen, nüchternen und sachlichen Erwägung geltend, so ist das eben in Ansehung der Taktik und der Praxis von besonders übler Bedeutung.“

Es werden dann einige Beispiele angeführt, so daß der Differenzen beim Buchdruckerverband anlässlich der Durchführung des letzten Tarifabkommens und anlässlich der angekündigten Massenaussperrung der Maurer in Berlin, bei welchen Gelegenheiten sehr unschöne, weit über das Ziel hinauschießende Kritik an den Maßnahmen der Verbandsleitungen geübt worden ist. Im letzteren Falle sei man nicht davor zurückgeschreckt, Worte wie: „Flammacher“, „Verräter“, „blaue Lappen“ (worumter Hundertmarschaine, Bestechungsgelder zu verstehen sind), zu gebrauchen. Es heißt dann weiter:

„Ist solch ein Verhalten der großen Sache der Arbeiterorganisation schädlich und schmerzhaft? Wahrlich nicht! Es ist die höchste Ehrwürde der Sache, von dem Verhalten, das der demokratische Geist, das demokratische Prinzip vorschreibt, wonach im Meinungsstreit, und möge er sachlich auch noch so heftig entbrennen, die persönliche Ehre unangetastet bleiben muß. Ist blinder Eifer bei der Erörterung und Entscheidung in Angelegenheiten gewerkschaftlicher Taktik — wie in jedem anderen ernstlichen und wichtigen Falle, wo große Interessen auf dem Spiele stehen — schon an sich ein mißlicher Faktor, so ist er in seiner Ausartung gegen Andersdenkende eine der denkbar schlimmsten und verwerflichsten Erscheinungen.“

Man ziehe die Beamten, die Leiter, die Vertrauenspersonen der Organisation unachtsamlich zur Rechenschaft, wenn sie erweislich Fehler begangen, sich irgendwelcher Begehungs- oder Unterdassungsünden wider das Interesse der Organisation schuldig gemacht haben. Aber sie zu beschimpfen, sie schlechten Charakters und schlechter Absichten zu verdächtigen, deshalb, weil sie ihre Aufgabe nach bestem Ermessen zu erfüllen, die ihnen übertragene Verantwortlichkeit gewissenhaft zu erfüllen bestrebt sind — das ist empörend.

Glaubt man, echter und rechter Demokratismus lasse es zu, daß an die Stelle sachlicher Gründe im Meinungsstreit die persönliche Invektive tritt, daß man ein moralisches Recht hat, Männer, die ihre ehrliche divergierende Überzeugung kund tun, an ihrer Ehre anzugreifen mit der Wirkung, daß das Ansehen der Sache Schaden nimmt? Wer das glaubt und wer das tut, der befundet bemitleidenswerte geistige und moralische Schwäche.“

Jeder organisierte Arbeiter, dem es ernstlich um die Interessen der Organisationen, die gleichbedeutend sind mit den Interessen der Arbeiter, zu tun ist, muß diese Worte unterschreiben und das in ihrem Effekt arbeiterschädigende Verfahren solcher „Kritiker“ verurteilen. Wie sollen die Unternehmern Achtung vor den Vertretern der Arbeiter haben, wenn einzelne Mitglieder der Organisation sie in solcher infamer Weise beschuldigen, wie das schon vielfach, und nicht nur in Berlin geschehen ist.

Deshalb mehr Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Arbeiterbewegung, aber auch mehr Gerechtigkeit gegenüber

Den auf exponiertem Standpunkt stehenden Führern und Angestellten der Organisation. Gegen sachliche Kritik wird niemand etwas einwenden können, aber keine persönlichen Berührungspunkte. Sie nähern nur den Feinden der Arbeiterklasse.

Der Brauerverband hatte am Jahreschluss 1906 28602 Mitglieder gegen 23342 Ende 1905, so daß er im Jahre 1906 eine Zunahme von 5260 Mitgliedern zu verzeichnen hatte. Das Vermögen der Hauptkasse stieg von 117737 M. auf 253947 M.

Der Gärtnerverband hatte im Durchschnitt des letzten Jahres 4606 Mitglieder, gegen 3936 im Durchschnitt des Jahres 1905 (+ 669). An Einnahmen wurden erzielt 78160 M., die Ausgaben beliefen sich auf 73141 M., so daß am Anfang 1905 vorhandene Verbandsvermögen in Höhe von 15200 M. Ende des Jahres auf 23220 M. angewachsen war.

Ein internationaler Schuhmacherkongress findet im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongress am 16. August dieses Jahres in Stuttgart statt.

Soziale Rechtspflege.

Kein Betrug?

Viele Krankenkassenmitglieder sind der Ansicht, daß Erkrankte nur dann das statutenmäßige Krankengeld in Anspruch nehmen könnten, wenn sie auch wirklich erwerbsunfähig seien, Lohnausfall durch die Krankheit haben. Man meint also ganz richtig, daß nur wirklich Kranke Unterstützung erhalten sollten, da ja das Krankengeld als „Erfatz für entgangenen Arbeitsverdienst“ nach den Bestimmungen des Gesetzes gezahlt werden sollte. Anderer Ansicht sind jedoch unsere Richter, wie folgender Fall zeigt:

Ein Zimmermann meldete sich in Frankfurt a. M. krank, erhielt vom Kassenarzt, dem er die gräßlichsten Schmerzen klagte, auch den üblichen Krankenschein und erhob wochenlang 18 M. pro Woche Krankengeld. Es stellte sich aber später heraus, daß der „Erkrankte“ keine Minute gefehert, sondern alle Tage seinem Beruf nachging und den seitherigen Lohn weiter bezogen hatte. Als sich der „Kranke“ nun weigerte, das zu unrecht bezogene Krankengeld der Kasse zurückzuerstatten, die wahrlich wirklich Kranke genug zu unterstützen hat, auch noch sich über die geprellte Kasse lustig machte, wurde Strafantrag gestellt. Der Staatsanwalt erhob auch Anklage wegen Betrug, hatte jedoch am Schöffengericht kein Glück, denn der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt sah auch von einer Berufung gegen dieses Urteil aus folgenden Gründen ab: Aus der Verhandlung sei hervorgegangen, daß eine Vorspiegelung falscher Tatsachen gegenüber dem Kassenarzt nicht stattgefunden habe, weil dieser eidlich betundet habe, nicht durch die Angaben des Angeklagten zur Ausfertigung des Krankenscheins gekommen zu sein, sondern das Ergebnis der Untersuchung dazu geführt habe. (1)

Polizeiliches und Gerichtliches.

Von der Auskunftsspflicht gemäß § 2 des Vereinsgesetzes. (Unmögliches darf die Polizei nicht verlangen.) Der Deutsche Holzarbeiterverband hat seit 1898 in Neustadt in Holstein eine Zahlstelle, deren Vorsitzender im Jahre 1902 Schmohl wurde. Im Juni 1906 verlangte von ihm die Polizei die Einreichung eines Zahlstellenstatuts. Er teilte der Polizei mit, daß ein besonderes Zahlstellenstatut nicht eingereicht werden könne, weil es ein solches gar nicht gebe. Das Verbandsstatut erhielt die Polizei. Gleichwohl wurde Schmohl wegen Übertretung des § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt. Danach sind die Vorsteher solcher Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, verpflichtet, Statuten des Vereins

und das Verzeichnis der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins und jede Änderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnisnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen. — Das Landgericht Kiel verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Es ging zunächst davon aus, daß die Zahlstelle Neustadt ein selbständiger Verein sei und gleich dem Verband auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, daß also an sich der § 2 des Vereinsgesetzes auf die Zahlstelle zutrefte. Dann führte das Landgericht unter anderem weiter aus: Bezüglich Schmohls, der 1902 erst zum Vorsteher der 1898 gegründeten Zahlstelle gewählt wurde, komme allerdings nur die Bestimmung in Betracht, wonach der Polizei auf Erfordern jede auf das Statut bezügliche Auskunft zu erteilen sei. Eine Auskunft über das Statut könne auch unter Umständen erforderlich werden durch Einforderung des Vereinsstatuts selber. Besonders könnte das hier geschehen, wo die Polizei ein Zahlstellenstatut noch nie in der Hand gehabt habe. Der Angeklagte hätte darum dem Verlangen der Polizei nachkommen und ein Statut der Zahlstelle einreichen müssen. Das Verbandsstatut sei kein Ersatz. Es genüge auch nicht seine Antwort, daß die Zahlstelle kein besonderes Statut habe. Ein Verein im Sinne des § 2 müsse ein Statut haben. Wenn keines vorhanden sei, dann habe der Vorsteher für seine Beschaffung zu sorgen. Eventuell müsse er selbst die Abfassung bewirken. Durch Nichtbeachtung des polizeilichen Verlangens habe sich Schmohl strafbar gemacht.

Schmohl legte Revision beim Kammergericht ein, vor dem Rechtsanwalt Dr. Goldberg das Rechtsmittel eingehend begründete und auf ein Urteil des Obergerichtungsgerichts hinwies, wonach vom Vorsteher eines Vereins, der kein Statut habe, ein solches auch nicht gefordert werden könne, weil Unmögliches nicht verlangt werden dürfe.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Begründend wurde ausgeführt: In Betracht komme hier nur die Frage der Auskunftserteilung. Die Polizei habe die Einreichung eines Zahlstellenstatuts als Auskunft verlangt. Sie habe das Verbandsstatut erhalten. Ein besonderes Zahlstellenstatut sei aber gar nicht da, seine Einreichung mithin unmöglich gewesen. Im Sinne des erwähnten Urteils des Obergerichtungsgerichts nehme nun auch das Kammergericht an, daß die Polizei Unmögliches nicht verlangen könne. Daraus ergebe sich die Freisprechung. — Wenn — was nicht der Fall sei — die Polizei eine Auskunft verlangt hätte darüber, was die Zahlstelle noch außerhalb der Vorschriften des Verbandsstatuts tue, dann hätte diese erteilt werden müssen.

Technisches.

Vom „Fachblatt für Holzarbeiter“ ist soeben das Maiheft erschienen; dasselbe ist Anfang der Woche bereits zum Versand gekommen. Das Heft enthält 87 Abbildungen, darunter eine Küche, zwei Speisezimmer, ein Jungesellen-Arbeits- und Wohnzimmer, zwei Standuhren, ein Treppengeländer, eine Teilungsarchitektur usw. Richard Riemerschmid, der große Möbeldesigner, ist wieder mit einigen recht schönen Arbeiten vertreten. An Textbeiträgen ist neben vielen anderen Beiträgen der Schluß des instruktiven Artikels von J. U. Luz über den Tischler zu nennen, ferner die Fortsetzung des interessanten D. Winkelmüllerschen Artikels „Lären, Lore, Windfänge“ (mit 110 Abbildungen).

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß das „Fachblatt für Holzarbeiter“ beginnend im Juniheft einen Beitrag von Jos. Aug. Luz veröffentlichen wird, in dem unter Anführung eines reichhaltigen Bildmaterials nachgewiesen wird, daß auch für den Drechsler und Bildhauer die Möglichkeit gegeben ist, den modernen Stil ihrem Gewerbe mehr als bisher einzuverleiben. Die Drechsler werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, diesen Artikel und damit

dem „Fachblatt für Holzarbeiter“ in ihren Berufsreisen weitest Verbreitung zu verschaffen.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ kann jederzeit bei den Verwaltungsstellen des Verbandes zum billigen Preise von 1 M. pro Vierteljahr bestellt werden.

Eingefandt.

Achtung, Parkettleger!

In den letzten Tagen gelangte ein Mundschreiben wegen Benutzung des Zentralarbeitsnachweises der Parkettbodenleger zum Versand. Wir ersuchen besonders die Orts- und Sektionsverwaltungen, wo Parkettleger sich befinden, recht gewissenhaft nach dem Mundschreiben zu handeln und bitten gleichzeitig um rasche Nachricht. An Orten, wo Parkettlegersektionen sich befinden, wurde das Schreiben an diese gesandt. Sollte jedoch einer oder der andere Ort hierbei übersehen worden sein, so ersuchen wir um Reklamation. München, Anfang Mai 1907.

Tarifkommission der deutschen Parkettleger. J. U.: Hans Ostermann, Humboldtstr. 40 I.

Zur Agitation unter den Bürstenmachern.

„Den Feind, den wir am tiefsten hassen, den uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht.“ Wenn jemals diese Verse Anwendung finden konnten, dann bei einem Teil der in der Haupt- und Residenzstadt Dresden beschäftigten Bürstenmacher.

Als es uns in Dresden vor zwei Jahren nach unsäglicher Arbeit gelungen war, die hier beschäftigten Bürstenmacher zum größten Teil dem Verband zuzuführen, da glaubte ich, auch für die Bürstenmacher würde das Morgenrot einer neuen Zeit aufgehen. Als es uns dann gelungen war, den Tarif, welcher im Jahre 1890 durch Streit erzwungen war, durch einen neuen zu ersetzen, hatte ich die Überzeugung gewonnen, daß es den Bürstenmachern in Dresden möglich sein würde, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten und dieselben, gestützt auf die Organisation, durchzuführen. Ich bin graufam getäuscht worden; ich habe vergessen zu bedenken, daß es unter den Dresdener Kollegen zu wenig Männer gibt, anders ist es nicht zu verstehen, wenn sie bei der ersten Probe, welche sie bestanden sollen, davonlaufen.

Die im März in einer Versammlung der Holzarbeiter beschlossene Beitragserhöhung von 65 Pf. auf 1 M. pro Woche gab diesen Kollegen den gewünschten Anlaß zum Austritt aus dem Verband. Zu gleicher Zeit muß aber festgestellt werden, daß es nicht die schlechtesten sind; alle, welche den Austritt aus der Organisation erklärt haben wegen dem erhöhten Beitrag, sie können diesen Beitrag bezahlen, wenn sie nur einigermaßen den guten Willen dazu haben, wenn es auch für manchen schwer ist, was ich durchaus nicht bestreiten will. Angefichts der Gründe aber, welche zu dieser Erhöhung der Beiträge die Veranlassung gegeben haben, ist es um so schimpflicher, um so verwerflicher, den Verband feig im Stiche zu lassen durch Verweigerung der Mittel, welche nötig sind, um diesen Kampf siegreich durchzuführen. Um so mehr, da dieser Kampf den organisierten Holzarbeitern von einem mächtigsten Unternehmertum aufgezwungen ist. Es hieße sich selbst entmannen, wenn hier die organisierten Kollegen nicht ihre ganze Kraft für ihre Organisation einsetzen wollten, wenn sie die fruchtbarsten jahrzehntelangen Arbeit und Mühe den Kapitalprozenten in den Schoß werfen wollten. Dieses alles zu bedenken, so weit reicht allerdings das Denkönnen dieser Leute nicht. Wenn es nicht so tieftraurig wäre, könnte man lachen über die Beweggründe, welche sie angeben, um den Austritt aus dem Verband zu beschönigen. Ein Teil spricht, der Verdienst langt nicht zu; ein anderer erklärt, weil die anderen nicht bezahlen, hat es für mich auch keinen Zweck; noch ein anderer sagt, man höre und staune, er tritt aus, weil er die Arbeiterzeitung lesen soll. Der gute Mann sagt sich, der Bildhauer, den die „Dresdener Neueste Nachrichten“ verzapfen, ist für ihn gerade gut genug. Man ist genötigt zu glauben, daß diese Leute dem Wunsche ihres Chefs Rechnung tragen; denn Herr Paul Klabe hat sich erkundigt, wer im Holzarbeiterverband ist, und hat hinterher seinen Leuten den guten Rat gegeben, die eine Mark pro Woche anstatt dem Verband doch lieber der Frau zu geben, damit sie sich was zu essen kaufen kann. Herr Klabe war sich jedenfalls bewußt, daß von dem Lohne von 30 bis 35 Pf. pro Stunde, den er zahlt, eine Familie nicht leben könne. Und die bei Herrn Klabe beschäftigten Bürstenmacher, bescheiden wie immer, erfüllen den Wunsch ihres Arbeitgebers, damit sie nicht in die Lage kommen, eventuell 2 Pf. pro Stunde mehr zu verlangen.

Doch es sind die bei Herrn Klabe beschäftigten Kollegen nicht allein, welche so denken, die bei der Firma Kuhl in Arbeit stehenden machen es ebenso, auch hier arbeiten Leute, welche lieber 2 Pf. billiger arbeiten, als den Verbandsbeitrag zahlen wollen, denn dann brauchen sie nicht zu streiken. Fürcht haben diese Leute vor jeder Versammlung, vor jeder Werkstattbesprechung, weil sie jederzeit fürchten, streiken zu müssen. Ist es unter diesen Verhältnissen zu verwundern, wenn den Unternehmern der Kammer schmeilt, und Herr Kuhl (gelinde gesagt) die Dreifligkeit besitzt, Leuten, welche bei ihm anfangen zu arbeiten, 32 Pf. Lohn pro Stunde zu bieten, trotzdem er laut Tarif verpflichtet ist, mindestens 35 Pf. pro Stunde zu zahlen. Er sagt, der Mann muß sich erst einrichten. Als ob bei 35 Pf. die Stunde noch etwas einzurichten wäre.

Wenn ich persönlich ein Wort zu der Beitragserhöhung sage, dann ist meine Meinung die, daß es einfach eine Pflicht, eine Notwendigkeit war, diese Erhöhung vorzunehmen, ehe wir durch die Verhältnisse dazu gezwungen worden wären. Unter allen Umständen muß den Unternehmern gezeigt werden, daß sie einer Macht gegenüberstehen, welche entschlossen ist, ihre Rechte bis aufs äußerste zu verteidigen. Aus diesem Grunde kann ich nur Verachtung für diejenigen empfinden, welche in der jetzigen Situation dem Verband den Rücken lehnen.

Zur Agitation unter den Bürstenmachern muß ich gestehen, daß ich enttäuscht war; auch ich habe geglaubt, daß etwas mehr dabei herauspringen würde. Allerdings, wenn es überall so geht wie in Dresden, dann wundere ich mich nicht

Arbeitslosigkeit im Monat April 1907.

Table with columns for location (Stadt), unemployed members at the site (Arbeitslose Mitglieder am Orte), unemployed members at the office (Arbeitslose auf der Stelle), and unemployed members in the district (Arbeitslose im Bezirk). Rows list various cities like Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Chemnitz, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, and a summary for April 1907.

